

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7076.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1505,
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. April 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Korrespondenten und sonstigen Freunde unseres Blattes, sowie die Vertrauenspersonen bitten wir dringlichst, uns alle auf die Feier des 1. Mai in ihrem Bezirke bezüglichen Meldungen in gedrängter Kürze auf einer Postkarte so zeitig mittheilen zu wollen, daß wir am Morgen des 2. Mai im Besitze der Nachricht sind. Bei besonders wichtigen Vorkommnissen, wo uns aber auf dem Postwege die Nachricht nicht rechtzeitig erreichen würde, erbitten wir telegraphische Benachrichtigung.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Arbeiter-Inspektion in den französischen Bergwerken.

Paris, 22. April 1898.

Das Gesetz vom 8. Juli 1890 über die mit der Betriebsfähigkeit in den Bergwerken betrauten Arbeiterdelegirten (délégés-minours) zählt zu den besseren sozialpolitischen Maßnahmen der französischen Gesetzgebung.

Der Anlaß des Gesetzes war in erster Linie die erkannte Mangelhaftigkeit der staatlichen (durch die Bergwerksingenieure) und der unternehmerischen Inspektion, wenn auch der amtlichen Statistik zufolge die Bergwerksunfälle in Frankreich relativ weniger zahlreich waren, als in England, Belgien und Deutschland. Der erste Entwurf stammt aus dem Jahre 1882 und lehnte sich an das Prinzip der fakultativen Arbeiterinspektion an, wie es im englischen Gesetz vom August 1872 zum Ausdruck kommt. Als dann aber die gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter erstarkte, mußte das Parlament viel weiter gehen. Das schließlich, nach acht Jahren des Widerstandes seitens des Senats zu Stande gekommene Gesetz ist ein Kompromiß zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem arbeitereindlichen Senat. Es hatte seit 1882 nicht weniger als acht schwerer Grubenkatastrophen bedurft, um den Senat mürbe zu machen. Fast jede neue Wiederholung des Entwurfs fand unter dem Eindruck eines Massenunfalls statt. Der endgiltigen Annahme des Gesetzes ging noch (Februar 1890) die Grubenkatastrophe in Rochelle (Nièvre-Departement) voraus, in welcher 44 Arbeiter den Erstickungstod fanden.

Der springende Punkt des Gesetzes betrifft die Sicherung der Unabhängigkeit der délégués-minours von den Grubenkonfessionären (staatlich ausbedeutete Bergwerke gibt es in Frankreich nicht). Die organisierten Arbeiter verlangten zu diesem Zwecke eine Ausdehnung des Inspektionsbezirktes jedes einzelnen Delegirten, welche diese ganz in Anspruch nehmen und ihm von der Nothwendigkeit entheben würde, der Lohnarbeiter der zu beaufsichtigenden Grubenverwaltung bleiben zu müssen. Das Gesetz verfügt dagegen die Eintheilung jeder einzelnen Grubenkonfession in ebenso viele Bezirke, als sechs- bis achtzig detaillierte Beschäftigungen pro Inspektionsbezirk erforderlich sind, um die ganze Konfession (Gruben, Galerien, dazu gehörende Werkstätten, Transport-Vorrichtungen) zu inspizieren. Die Grenze jedes Bezirks ist also ein sechstägiger Inspektionsbesuch. Und da der Delegirte zwei detaillierte Inspektionen im Monat vornehmen muß, so ist er in der Regel höchstens zwölf Tage monatlich beschäftigt. Dazu kommen noch die obligatorische Inspektion des Ortes, wo ein „schwerer“ Unfall (Tod oder „schwere“ Verwundung eines oder mehrerer Arbeiter) stattgefunden hat, und die fakultative Begleitung der Bergwerks-Ingenieure (je nach dem Wunsche der letzteren) bei deren Inspektionsbesuchen.

Der Delegirte wird entlohnt für jeden Inspektionsstag wie für einen Arbeitstag, dessen Preis alljährlich vom Präfecten bestimmt wird, für jede Unfallschau und Begleitung des Ingenieurs wie für einen halben Arbeitstag. Besteres ist eine willkürliche Auslegung des Gesetzes durch die Behörden, dessen Wortlaut eher für die Entlohnung mit einem ganzen Tagelohn spricht. Alles in allem bezieht der Delegirte als solcher, nach der Berechnung des Bergarbeiter-Abgeordneten Wasly, höchstens 80—90 Franken monatlich. Das Minimum der monatlichen Entlohnung beträgt für Bergwerke mit mehr als 120 Arbeitern 10 Tagelöhne, ungeachtet der eventuell geringeren Zahl der notwendigen Inspektionsstage; für kleinere Bergwerke ist die Befreiung der minimalen Entlohnung pro Monat dem Präfecten anheimgegeben.

Die Delegirten und deren Erfahrmänner, welche letztere nur im Falle der Verhinderung der ersteren herangezogen werden, werden in jedem einzelnen Inspektionsbezirk für drei Jahre von den unter Tage Arbeitenden gewählt. Wahlberechtigt ist jeder Franzose, der die politischen Rechte besitzt und in der letzten Lohnliste vor der Wahlausschreibung figurirt. Wählbar ist jeder des Lebens und Schreibens Kundige und wegen Vergehens gegen das behandelte Gesetz, gegen das Berggesetz, sowie wegen Streikvergehen (Verletzung der „Arbeitsfreiheit“) nicht Vorbestrafte, wenn er entweder 1. wahlberechtigt, 25 Jahre alt ist und seit mindestens 5 Jahren im bezr. oder in einem anderen Inspektionsbezirk desselben Konfessionärs unter Tage arbeitet, oder 2. ehemaliger Bergarbeiter ist, wohnhaft in einer der Gemeinden, unter deren Gebiet die betreffende Konfession liegt, 25 Jahre alt, Franzose im Genuß der politischen

*) Wie bekannt, beabsichtigt die preussische Regierung endlich eine Verbesserung der Grubeninspektion vorzunehmen. Eine Kommission ist zum Studium der Berginspektion ins Ausland entsandt worden. Von Seiten der Bergarbeiter wurde vor allem die Forderung aufgestellt, daß Inspektionsbeamte eingesetzt werden, die aus der Mitte der Arbeiter und von diesen selbst zu wählen sind. Um Aufklärung über die Bedeutung der Arbeiterinspektion auf den Gruben zu schaffen, werden wir eine Schilderung der betreffenden Verhältnisse in Frankreich, Belgien und England geben. Wir beginnen hiermit durch die obige Aufschrift unseres französischen Korrespondenten.

Rechte, mindestens 5 Jahre bei dem betreffenden Konfessionär unter Tage gearbeitet hat, und zwar unter der Bedingung, daß seitdem oder seit seiner Thätigkeit als Delegirter bezw. Erfahrmann nicht über 10 Jahre verfloßen sind. Die Wahlen finden am Sonntag im Gemeindehaus unter dem Vorsitz des Bürgermeisters statt. Die Stimmzettel müssen in verschlossenem Umschlag von gleichem Format abgegeben werden.

Das Gehalt der Delegirten wird allmonatlich von der Staatskasse bezahlt, richtiger vorgeschossen, indem das Gehalt durch die Steuerbehörden bei den betreffenden Konfessionären wieder eingetrieben wird.

Dies die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes. Was die praktische Durchführung desselben betrifft, so lehren in der Deputirtenkammer alljährlich allmählich begründete Beschwerden der Bergarbeiter-Vertreter wieder über die Verletzung des Gesetzes durch die Unternehmer unter dem wohlwollenden Auge der Behörden, sowie über die direkten behördlichen Verrentungen des Gesetzes im Interesse der Unternehmer. Das ist jedoch bisher das allgemeine Schicksal der französischen Arbeiterschutzgesetze, und die Grubenbarone sind in Frankreich die prophigste Unternehmergruppe. Im allgemeinen dürfte das fragliche Gesetz viel besser durchgeführt werden als die sonstigen Schutzgesetze, denn die Delegirten wachen über die Ausführung des Gesetzes viel aufmerksamer als die amtlichen Arbeitsinspektoren. Das ist eine allgemein anerkannte Thatsache, welche am sprechendsten durch die Feindseligkeit der Grubenbarone gegen das Institut der Delegirten bewiesen wird.

Die wohlthätigen Ergebnisse der Delegirtenthätigkeit zeigt die amtliche Statistik der Unfälle in den Kohlengruben.

Während in den Jahren 1885, 1886 und 1887 (Cinquete der Deputirtenkammer) die Zahl der Todten nahezu 24 pro 10 000 unter Tage Arbeitender betrug, sind die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1892 bis und mit 1896: 9,5; 9,8; 8,5; 11,9; 13. Höchst bemerkenswerth ist der Umstand, daß in den Jahren 1892, 1893 und 1894, d. i. in den ersten drei Jahren nach Inkrafttreten des behandelten Gesetzes, kein einziger Todesfall infolge von Schlagwettern vorgekommen ist, was im Zeitraum von 1848—1891 in keinem Jahre zu verzeichnen war. In den Jahren 1895 und 1896 verurthete die Schlagwetter 0,4 bezw. 0,2 Todesfälle pro 10 000 Kohlengräber.

Die Vermehrung der Todesfälle 1895 und 1896, nachdem in den vorausgegangenen drei Jahren ein stetiges Sinken derselben zu verzeichnen war, ist eine Folge der in der Deputirtenkammer nachgewiesenen Lagen gewordenen Handhabung des Gesetzes. Die Vermehrung der Inspektionsstage der Delegirten bezw. die Schaffung von neuen Inspektionsbezirken hält nicht Schritt mit der Ausdehnung der Betriebe. Die Präfecten schreiben mitunter weniger als 10 Inspektionsstage monatlich vor, trotzdem, wie hervorgehoben, die Entschädigung der Delegirten für 10 Tage berechnet werden muß. Es ist ein glänzendes Zeugnis der Pflichttreue der Delegirten, daß sie ihrem eigenen Interesse zuwider auch über jene behördlichen Mißbrauch sich beschwerten. Die Grubenbarone verfahren in Gemeinlichkeit mit den Bergwerks-Ingenieuren namentlich die ausdrückliche Vorchrift des Gesetzes über sofortige Benachrichtigung des Delegirten bei einem „schweren“ Unfall. Sie entleiden sich dieser Vorchrift, indem ihre geknechteten Aerzte eine Arbeitsunfähigkeit der Verunglückten von weniger als zwanzig Tagen diagnostizieren, und das in zahlreichen Fällen, wo die Arbeitsunfähigkeit in Wirklichkeit von 40 Tagen bis zu sechs Monaten dauerte!.. Das schließlich der vom Gesetz bestrafte Druck auf die Wähler von den Grubenbaronen in jeder Form ausgenutzt wird (einschließlich der Vertheilung von ungewöhnlich hohen Stimmzetteln, die in die Wahlurne hinuntergedrückt werden müssen, um so den einseitigen amtlichen Umschlag unschädlich zu machen), versteht sich von selbst.

Die fortwährenden Beschwerden der Bergarbeiter-Vertreter haben immerhin zur Folge gehabt, daß im Budget von 1898 das Gehalt der Delegirten von 200 000 auf 215 000 Franken erhöht wurde, was eine Vermehrung der Inspektionsstage bezw. der Zahl der Delegirten bedeutet. B. K.

Wahlkampf.

Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler, das vom Parteivorstand für die bevorstehende Reichstagswahl-Agitation herausgegeben wird, kommt Ende nächster Woche zur Ausgabe. Es erscheint, 25 Bogen stark, in bequemen Taschenformat, solid und elegant gebunden. An jedes Wahlkomitee sollen für die Kandidaten, für die Redner und Vertrauensleute eine Anzahl Exemplare gratis verfaßt werden. Der Preis beträgt im Buchhandel 3.— M. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Benthstraße 2, Berlin SW, zu richten.

Soweit zu Agitationszwecken seitens der Vertrauensleute oder Wahlkomitees weitere Partien gewünscht werden, diese zu wesentlich herabgesetztem Preise abgegeben und sind diesbezügliche Wünsche zu richten an

J. Auer, Rahbachstraße 9, Berlin SW.

Die Parteipresse wird um Nachdruck gebeten.

Konservative Windentleeren.

Die „Kons. Korresp.“, das offizielle Organ der konservativen Partei, erklärt einen Wahlauftritt an die Gefinnungsgenossen, der sehr lustig zu lesen ist.

Erst wird da die konservative Partei als „die Schirmerin und Hüterin von Christenthum und Monarchie“ angepriesen. Leider ist nun aber notorisch, daß die Herren Konservativen die Monarchie nur deshalb „schirmen und schützen“, weil sie von dieser Institution Beihilfe für ihre Vorherrschaft im Reich, wohlbezahlte Ämter, Liebes- und Ehrengaben allerlei Art erwarten. Und leider ist es ebenso notorisch, daß niemand das Christenthum dem deutschen Volke mehr zu empfehlen verstanden hat, als gerade die Konservativen, indem sie ihre maßlos egoistische Politik mit einem christlichen Mantelchen zu umhängen pflegen.

Das entsagungsvolle Christenthum und agrarische Bontegier, Lehre der Nächstenliebe und die rohe Unterdrückung der Volksmasse, wie sie die Konservativen von je betrieben haben — können schroffere Gegensätze ausgedacht werden?

Der Wahlauftritt der „Kons. Korresp.“ zeigt aber noch andere Ziellichkeiten. Da erzählt die stauende Welt:

„Der konservative Gedanke hat im Volk immer mächtiger Wurzel gefaßt, die gesammte Linke sieht sich genöthigt, trotz aller ihrer inneren Zwiespalte, gemeinsame Sache zu machen, um in einem letzten Veruche dem kräftigen Vordringen christlich-konservativer Gefinnung im Volk entgegenzutreten.“

Wer lacht da? Die „mächtigen Wurzel des konservativen Gedankens im Volk“, wer kennt sie nicht? Krummung der Landbevölkerung, Verdumpfungsbestrebungen in Kirche und Schule, Terrorismus vor der Wahlurne.

Und das „kräftige Vordringen christlich-konservativer Gefinnung“! Thatsächlich zeigt die Wahlstatistik: Rapide Abnahme der konservativen Stimmen, ununterbrochene Mißerfolge bei den Reichswahlen seit 1893 bis auf den heutigen Tag. Zerlegung durch den Wind der Landwirthe und den Antisemitismus, Zurücktritt ihrer wichtigsten Vorführer u. s. w., u. s. w.! Nun, wenn den Konservativen dieses „kräftige Vordringen“ gefaßt, so wünschen wir ihnen, daß sie am 16. Juni nur so weiter „kräftig vordringen“ mögen. Uns soll's gefallen.

„Das irregelmäßige norwegische Volk“

wird von der „Kreuz-Zeitung“ lebhaft beklagt. In Norwegen ist bekanntlich das Wahlrecht außerordentlich erweitert worden, so daß beinahe die reine Demokratie dort herrschen wird. Die „Kreuz-Zeitung“ ist darob sehr traurig, sie schreibt:

„Auf Grund dieser erweiterten Wahlbefugnis wird sich, offiziellen Schätzungen zufolge, die Gesamtzahl der Wählerschaft um mindestens 180 000 Stimmen erhöhen, das will sagen, die Zahl der überhaupt wahlfähigen Bürger steigt von bisher 225 000 auf rund 405 000, erfährt mithin einen Zuwachs von nicht weniger denn 70 pCt. Die folgenschwere Tragweite des Störthingsbeschlusses für die ganze fernere Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Norwegens liegt damit klar zu Tage. Bedenkt man des weiteren, daß die Resultate eines auf der obigen Grundlage auszukämpfenden Wahlkampfes durch keinerlei Korrektivmittel der staatlichen Gewalt in ihrer möglicherweise direkt landesgefährlichen Behädigung gehindert werden können, da die norwegische Krone jeder segensreichen Initiative beraubt ist und das Störthing — dank seinem allmächtig gebietenden Einkammersystem — alle Nachmittel in seine Hände gebracht hat, so muß man in der That zugeben, daß kaum ein Land der alten Kulturwelt sich so vorbehaltlos der radikalen Demokratie in die Arme geworfen hat, wie Norwegen es mit seinem gestrigen Beschlusse gethan.“

Särclich, schrecklich. Und dabei befinden sich die Norweger sehr wohl. Heilich, in ein Jankerhitzu geht so etwas nicht hinein, am wenigsten in ein preussisches, welches nur darüber sinnt, wie das deutsche Reichstagswahlrecht, das so überaus mäßig ist, rückwärts revidirt werden könne.

War nicht genug indirekte Steuern

kann es für die Herren Konservativen geben. Herr v. Mirbach hat im Herrenhaus eine Resolution zum Etat eingebracht, durch welche die preussische Regierung aufgefordert wird, im Bundesrath dahin zu wirken, daß ein Eingriff in die Steuerrechte der Einzelstaaten durch Erhebung von direkten Steuern zum Zweck der Deckung von Reichsaufgaben — wie sie mehrere Anträge bei der Verathung des Flottengesetzes gefordert hatten — in Zukunft verthät werde. Zur Begründung seines Antrages sagt Graf Mirbach:

„In der Kommission für den Reichshaushalts-Etat wurden bei der Vorberathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die deutsche Flotte, von Mitgliedern der Kommission Anträge gestellt, welche auf eine Beirückung der Rechte der Einzelstaaten hinsichtlich der Ausübung ihrer (direkten) Steuern und der Patrimonialbeiträge abzielten. Der § 8 des erwähnten Gesetzesentwurfes, welcher vom Reichstage beantragt und angenommen wurde, enthält besondere Bestimmungen über die Deckung, die, wenn sie auch durch die Erklärungen des Staatssekretärs des Innern, Herrn Grafen v. Posadowsky-Wehner, das unter den Begriff der „indirekten Reichsteuern“ nicht die Zölle seien, erheblich eingeschränkt sind, doch als Präjudiz gegen das System indirekter Besteuerung aufgefaßt werden können.“

Also es soll auf keinen Fall irgendwelche Vorfrage durch die Gesetzgebung getroffen werden dürfen, daß weitere indirekte, die Armen ungleich schwer belastende Steuern nicht mehr eingeführt werden. Das heißt: Es soll freie Bahn bleiben für neue Schröpfungen der unbemittelten Volksklassen.

Schon denn, daß alle Welt es weiß. Die Konservativen um Mirbach haben die Absicht, dem deutschen Volke weitere indirekte Steuern aufzubalsen!

Der Antrag des Grafen Mirbach vervollständigt das Sündenregister der konservativen Partei, das wir den Wählern vorzuhalten haben. Wir danken dem Grafen. —

Die Sammelpolitische im Oraben.

Die Brutalität des Bündlerthums hat die „Miquel'sche Sammelpolitische“ schwer beeinträchtigt. Selbst die „Berl. Neue Nachrichten“, das Organ des Herrn Kardorff, der gewiß „ein Herz für die Landwirthschaft“ hat, wenden sich scharf gegen die „Widh-Dahn'schen „Bündes“-Veränder und das Blatt führt aus:

„Leider gewinnt es den Anschein, als wenn die so verheißungsvoll eingeleitete Politik der Sammlung an einem Mästerstiefen Graben angelangt ist, über den dieselbe kein Hinüber zu finden weiß. Denn wer den Berichten über die Wahlbewegung in den einzelnen Wahlkreisen auch nur von ferne gefolgt ist, wird der Wahrnehmung sich nicht verschließen können, daß der Grundgedanke der „Sammlung“ an vielen Orten im Streit um wirthschaftspolitische Einzelheiten nahezu verschunden ist. Indem agrarische Redner ihre Sonderforderungen, deren Aufstellung und Befürwortung ihnen im übrigen unbenommen bleiben muß, in rüchlich-loser Schärfe als die alleinige Parole einer wahlpolitischen Verständigung proklamiren, erschweren sie den in der Hauptsache mit ihnen einigen natürlichen Bundesgenossen, sich freudigen Hergens zu denselben Gabne zu bekennen. Dem ausrichtiger Ueberzeugung daran gelegen ist, ein nur gemeinsam zu erringendes großes Ziel zu erreichen, der darf nicht die Agitation mit solchen Ausfällen auf die angeführten Führer der Nachbarpartei würzen, daß nicht

die einzelnen unausgeglichenen Meinungsverhältnisse mit so
höchstem Uebermaß hervorzuheben, wie es von dem Bundes-
direktor, dem Abg. Dr. Dahn, geschehen ist und ge-
scheit. . . Den Rufus zur Sammlung, den auch der Name des
ersten Reichstages des neugegründeten Deutschen Reiches ziert, weiß
nichts von der bedingungslosen Verpflichtung der Wahlkandidaten
auf ein Programm, in welchem manche Punkte den wichtigsten
Lebensbedürfnissen der deutschen Industrie widerstreiten.
Auch das führende Blatt des Zentrums, die „Germania“,
äußert eine erneute Absage gegen die Sammelpolitik:
„Wenn wir dem Rufus zur Sammlung, nicht wegen des
Inhalts, mit dem wir ja einverstanden sind, sondern aus
dem Grunde ein gewisses Misstrauen entgegengebracht
haben, weil wir uns des Verdachts nicht erwehren
konnten, daß die wirtschaftliche Sammlung dazu
mißbraucht werden solle, unter dem Vorwande der
wirtschaftlichen Sammlung eine politische
Sammlung im Sinne des alten Kartells herbei zu führen,
so hat die Entwicklung der Sammlungs-Wahlpolitik dieses
Misstrauen tatsächlich begründet. Die wirtschaftliche
Sammlung ist gescheitert, so weit nicht die National-
liberalen in Lohn und Frohn des Bundes der Landwirthe über-
gegangen sind, nun ist die politische Sammlung mit
dem Ziele, eine möglichst große nationale gesammte Mehrheit in
den Reichstag zu bringen, nach dem Rezept der Kartell-
wahlen in den Vordergrund gedrängt worden.“

Mit der „möglichst großen nationalgesammten Mehrheit“ im
Sinne des alten Kartells hat es aber ebensowenig noch gute Wege.
Die Zentrumswähler würden einen politischen Selbstmord begehen,
wenn sie dem Bunde der Landwirthe behilflich sein
wollten, unter seiner Oberherrschaft ein neues Kartell
zu errichten, das dem Zentrum nicht allein seine bisherige aus-
schlaggebende Stellung im Reichstage, sondern auch seinen politi-
schen Einfluß nehmen würde, während eine Beschränkung
des Reichstags-Wahlrechts, eine Anebenkung des
Verbands- und Versammlungsrechts und andere schöne
Dinge die ersten Hebelthaten des neuen Kartells bilden würden.“

Gegen die Freizügigkeit
der stummen Arbeiter und Arbeiterinnen wendet sich eine Zu-
schrift des „Vereins zur Fürsorge für die weibliche Jugend“ mit der
Unterschrift des Grafen von Bernstorff im „Kottb. Anz.“, die
in die Worte ausklingt:
„Will man die Verführung zum Auswandern hemmen, so
bekämpfe man vor allem die Arbeit der Agenten, welche die
Mittelkomptoire in die Provinz schicken. Auch wende man sich
an die Gesetzgebung, damit die Hauptursache des Schadens, die
Freizügigkeit, wieder beschränkt werde.“

Das ländliche Proletariat im Kottbuser Wahlkreise wird den
Herren jedenfalls die verdiente Antwort nicht schuldig bleiben.
Anweisung für Amtsvorsteher.
Im Wahlkreis Neustettin hat die konservative Partei an
die Amtsvorsteher, Kreisvorsteher und Großgrundbesitzer ein ver-
trauliches Rundschreiben erlassen, in dem zur wirksamen Agitation
gegen die antisemitische Versammlung des Professor Föcher, der
diesem Kreise beitrete und wieder aufgestellt ist, folgendes empfohlen
wird:
„Finden die Versammlungen statt, was die Regel sein wird, so
halten wir es für dringend geboten, daß Sie mit möglichst vielen
Gesinnungsgenossen an den Versammlungen teilnehmen und den
Ausführungen der Herren Föcher und v. Mosch widersprechen. Es
braucht das gar nicht in langen wohlgeleiteten Reden zu geschehen;
vielmehr werden wenige kräftige allgemein verständliche Worte, wie
sie der eigenen Redeweise und dem Standpunkte der Jüdder ent-
sprechen, häufig viel wirksamer sein. Ferner werden Sie sich einen
festen Kern zuverlässiger Männer sichern müssen, der Ihnen und
sonstiger Freunde Ausführungen kräftig und laut beifall spendet,
dagegen etwaige Beifallsstimmungen für unsere
Gegner hindert und stört. Sehr erwünscht wird es sein,
wenn Sie oder ein anderer einheimischer Gesinnungsgenosse zum
Vorherrschenden der Versammlungen gewählt werden.“

Vermeiden muß unter allen Umständen werden, daß unsere
Gesinnungsgenossen die Versammlungen besuchen, ohne zu wider-
sprechen, da ein solches Schweigen von unkundigen Leuten immer
als Zustimmung ausgelegt wird und daher nur unseren Gegnern zu
gute kommen würde.
Sonnere Auslagen, die Sie aus diesem Anlaß haben sollten (event.
auch für Freiberger a. f. w.), sind wir bereit, Ihnen zu erstatten und
bitten zutreffenden Falles um deren Angabe.
Schließlich bemerken wir ergebenst, daß wir bezüglich der ein-
gangs erwähnten Versammlungen an die Herren — folgen mehrere
Namen — gleichlautende Zuschriften gerichtet haben und bitten
wiederholt, gerade diesen ersten Versammlungen Ihr ganzes Interesse
zuzuwenden, denn es wird den gegnerischen Bestrebungen sehr viel
leichter und wirksamer entgegengetreten werden können, als später,
wenn die Gemüther erst wieder verwirrt und die Bevölkerung auf-
gehört ist.

Der Vorstand des konservativen Vereins.
Im Auftrage:
Eustachy, Sinsow.
Freiberger, Landräthe, Amtsvorsteher und Gendarmen sind ja von
sehr wichtiger Förderer konservativer Kandidaturen gewesen und
ohne diese Unterstützung läßt kein konservativer Abgeordneter im
Reichstag. Was gegen die Antisemiten versucht wird, natürlich
gegen die Sozialdemokraten mit Behagen fortgesetzt werden. Und
diese Gesellschaft will sich noch den Anschein geben, als ob sie
Wohlfahrterinteressen verleierte, sie hat nur den Polizeibüffel für die
Arbeiter bereit.

Eine Stütze der Nationalliberalen.
Aus dem Wahlkreise Herford-Halle wird berichtet, daß
eine feste Verbindung für die Wiederwahl des Reichstags-Abgeord-
neten Bürgermeisters Quentz zwischen der nationalliberalen und
der freisinnigen Volkspartei getroffen ist; die freisinnige Volkspartei
wird im ersten Wahlgange für die Kandidatur Quentz eintreten.

Das Kartell in Sorau-Fork.
Die „Freisinnige Zeitung“ bestreitet, daß zwischen den konser-
vativen und freisinnigen ein Kartell zu Stande gekommen ist. Wir
iduen uns nur auf unseren Verächterhatter berufen und bemerken
außerdem, daß die Mittheilung sehr wahrscheinlich ist, weil
bisher eine freisinnige Kandidatur im Kreise nicht genannt wurde,
trotzdem die Freisinnigen bei der letzten Wahl auf ihren Kandidaten
4920 Stimmen vereinigten.

Von der Agitation.
Aus dem Kreise Königsberg in der Neumark wird uns ge-
schrieben: Nachdem bereits 2 Versammlungen von unserer Seite im
Kreise stattgefunden, in welchen Genosse Gölke als Kandidat ge-
sprochen, drücken sich annehmbar auch die anderen Parteien, mit ihren
Kandidaten auf der Bildfläche zu erscheinen. So fanden in der
vorigen Woche 2 Versammlungen vom „Vereinsbund Nordost“ statt,
in welcher sich auch der Kandidat Oberlehrer Dr. Werner den
Wählern vorstellte. Da nur wenig Solale zu Versammlungen uns
zur Verfügung stehen, so benutzen unsere Genossen die Gelegenheit,
in dieser Versammlung zum Worte zu kommen, was denn auch
gut gelang, allerdings mit der Beschränkung, daß von vornherein
nur fünfzehn Minuten Redezeit gewährt wurden.
Am letzten Sonntag fand in Neu-Thornow eine Versammlung statt,
zu welcher auch Genosse Gölke erschienen war und unter härmlichem
Beifall die Angriffe gegen unsere Partei zurückwies. Es ist
noch zu erwähnen, daß Herr Schriftsteller Bürger als Ständerer
der Versammlung nicht umhin konnte, diese mit einem Hoch auf die
Sozialdemokratie auszubringen, in welcher die Versammlung be-
geister einstimmte, woraus der überwachende Gendarm dieselbe
auflöste.

Unsere Aussichten im Kreise sind trotz der Saalabtreiberi vor-
zöglich, und werden die Genossen nichts daran fehlen lassen, daß
auch diese Domäne der Konservativen einst in unsere Hände ge-
langt.

Reichstags-Kandidaturen.
Aufgestellt sind folgende Kandidaten: In Salzwedel-
Gardlegen von der sozialdemokratischen Partei Maurer Karl
Schoch und Magdeburg; in Stendal-Osterburg von der
sozialdemokratischen Partei Dreher Gütner aus Magdeburg; in
Weisenfels-See von den freisinnigen MittergutsbeißerHofland
in Choldshain; in Goslar-Zellerfeld von den Weisen Freiherr
v. Winningrode-Wollershausen; in Stade-Bremervörde von
den Vertriebenenmännern des Bundes der Landwirthe Anterichter
Holtendorf in Lohstedt; im dritten oldenburgischen Kreise vom Bunde
der Landwirthe Benno Meyer in Holte; von den Ordnungsparteien
in Rens a. L. Fabrikant Wagner in Gese; in Zellerfeld-
Goslar von der freisinnigen Volkspartei Lauenfeld aus Goslar; in
Schaumburg-Lippe von den freisinnigen Albert Wiesand;
in Mors-Nees von den Nationalliberalen Fabrikant Borster;
in Oehringen-Weinsberg von den Nationalliberalen
Förster.

Aus Elfaß-Lothringen. In einer am verflorenen
Sonntag auf badischem Boden stattgehabten Parteiversammlung
der Straßburger Sozialdemokratie wurde die Kandidatenliste unserer
Partei für die Reichstagswahlen in Elfaß-Lothringen endgültig in
folgender Weise festgelegt: 1. Wahlkreis (Nittsch-Tam):
Posamentier Weise in St. Ludwig; 2. Kreis (Mühlhausen): Kauf-
mann Bred in Mühlhausen; 3. Kreis (Colmar-Münster): Kauf-
mann Lutz in St. Blasien; 4. Kreis (Guebweiler-Kapp): Schreiner
Weier in Straßburg; 5. Kreis (Nittsch-Nappolsweiler):
Schuhmacher Fint in Straßburg; 6. Kreis (Schlett-
stadt): Schäftemacher Brastewicz in Straßburg; 7. Kreis
(Reisheim-Erstein): Geschäftsführer Hoffmann in Straß-
burg; 8. Kreis (Straßburg-Stadt): Zigarrenhändler Böhle
in Straßburg; 9. Kreis (Straßburg-Land): Schriftföcher Trax
in Straßburg; 10. Kreis (Hagenau-Weissenburg): Bildhauer Schott
in Schiltigheim; 11. Kreis (Zabern): Privatlehrer Golt in
Hagen; 12. Kreis (Saargemünd): Kaufmann Gummel in Saar-
gemünd; 13. Kreis (Diedenhofen-Börschen): Geschäftsföhrer
Schleicher in Metz; 14. Kreis (Metz): Journalist Martin in
Straßburg; 15. Kreis (Saarburg) sieht noch aus.
In Reichenbach-Neurode wollten die bürgerlichen
Parteien die Kandidatur des Zentrums unterstützen, während in
Waldenburg das Zentrum auf einen eigenen Kandidaten verzichtet.

Politische Uebersicht.
Berlin, 27. April.

Aus dem Reichstage. Die heutige Sitzung wurde zu
einer ungemein interessanten. Die von der Regierung in der
Form des Nachtragsetat präsentierte vorläufige Rechnung
für China rief unseren Liebknecht in die Schranken.
Erbarungslos griff er mit zündender Beredsamkeit die
Schäden im Innern von Deutschland, die dem deutschen
Gemeinwohl schädliche Weltmarktpolitik, die nach neuen
Ausbeutungsgebieten für Wenige auf Kosten der Gesamtheit
sucht, und die Klassenpolitik an. Die Wahrheit des von
Liebknecht warm vorgetragenen Sündenregister der bürger-
lichen Parteien brachte bald deren Verlegenheitsgelächter zum
Schweigen, durch welches sie sich anfänglich selbst zu täuschen
suchten. Ein besonders drastisches Bild trug dem Redner
einen Ordnungsruf ein. Staatssekretär des Reichsamt des
Innern, Graf v. Posadowsky, hatte heute einen be-
sonders unglücklichen Tag. Sein Versuch, das rothe Gespenst
der Heugabelgewalt aus einer harmlosen, sehr friedfertigen
Stelle eines Auftrages von Liebknecht herauszulesen, rief nicht
nur bei den Sozialdemokraten Gelächter hervor. Nach
des Ministers Ansicht giebt es in Deutschland keinerlei
Reaktion. Graf v. Posadowsky scheint einen sehr blinden
Spiegel zu besitzen. Ebel war so freundlich, ihm einen
besseren, sehr gut polirten entgegenzuhalten. In der Ent-
gegnung blies Herr von Posadowsky so unglücklich in
das Ordnungssammelhorn, wie selten ein Minister. Wir
können seine Rede, in der der Klassenkampfcharakter der heutigen
Gesellschaft in unverblämter — allerdings wohl auch in un-
bewushter Weise offen anerkannt wurde, und den gesammten
Inhalt der heutigen Debatte als trefflichen Stoff für die
Wahlagitation empfehlen. Das sei hiermit geschehen.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm heute zunächst
den Bericht der Agrarcommission über den Antrag Herold (3.)
betreffend Uebernahme der Kosten hierarchischer
Untersuchung auf die Staatskasse entgegen und be-
schloß nach mehrstündiger Debatte, dem Kommissionsantrage ent-
sprechend, die Regierung zu ersuchen, das Gesetz vom 12. März 1891
betreffend die Ausföhrung der Reichsgesetze über die Abwehr und
Unterdrückung der Viehseuchen, nach Möglichkeit dabei in Anwendung
zu bringen, daß die im öffentlichen Interesse erwachsenden Kosten
von der Staatskasse getragen werden.

Darauf begann die Verathung des agrarischen Fleisch-
vertheuerungs-Antrages v. Mendel-Steinfels (1.)
und King (2.), der das Interesse der Staatsregierung in so hohem
Maße erregte, daß außer dem Landwirtschaftsminister auch der
Kulturminister und sogar der Ministerpräsident Fürst Söhen-
lohe, der sich nur sehr selten im Hause sehen läßt, erschienen
waren und in die Debatte mit eingriffen. Der agrarische
Wunschkettel, den wir bereits neulich mitgetheilt haben, ist so
lang, daß beide Antragsteller sich in die Begründung theilen
mühten, obwohl jeder von ihnen über die erforderliche Lungen-
kraft verfügt. Herr von Mendel-Steinfels begründete
den Theil, der sich auf die Maßregeln gegen Viehseuchen
bezieht, während Herr King die Nothwendigkeit der Ein-
führung der obligatorischen Fleischschau und was damit zu-
sammenhängt, nachzuweisen suchte. Beide verwahrten sich natürlich
dagegen, als ob sie einseitige agrarische Interessen verfolgten, sie
wollten in ihrer Menschenfreundlichkeit nichts anderes, als ihre
Nebenmenschen vor Schädigung ihrer Gesundheit bewahren.
Irgendwelche Sonderbestrebungen liegen ihnen fern, und auch
eine Vertheuerung des Fleisches beabsichtigen sie nicht. Nur
schade, daß der bekannte Schwäger Gamp (2.) sich
wieder einmal verplapperte und die Regierung an ihre Pflicht
erinnerte, für höhere Schweinefleischpreise zu sorgen, da sonst die
Landwirtschaft an der Schweineproduktion kein Interesse habe!

Im Gegensatz zu ihrer Stellung in den beiden letzten Jahren
erweist die Regierung jetzt den Agrariern ein solches Entgegen-
kommen, daß sie fast alle ihre Wünsche zu erfüllen bereit ist.
Ministerpräsident Fürst Söhenlohe verlas eine Erklärung,
wonach dem Bundesrath der Entwurf eines Reichsgesetzes,
betreffend die obligatorische Fleischschau, vorgelegt werden soll,
selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß dann auch gegenüber
der ausländischen Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren mindestens
gleichwertige Maßregeln ergriffen werden. Ferner will die Re-
gierung die Zwangs-Viehvversicherung und eine zweckmäßige Ver-
weihung der Konfiskate in Ervägung ziehen, damit die Land-
wirthe vor Schaden bewahrt bleiben. In bezug auf die Ver-
minderung der Seuchengefahr will die Regierung in eine neue
Prüfung der Frage eintreten, ob die zur Zeit bereits bestehenden
Vorchriften über die Einfuhr aus seuchenverdächtigen Ländern zum
Schutz der heimischen Viehzucht gegen Verfechtung genügen und
nöthigenfalls eine Aenderung der Bestimmungen bei der Reichs-
regierung beantragen. Weiter ist sie bereit, auf Grund der Er-
fahrungen, welche mit der Seuchenverschleppung im Innlande
gemacht sind, die bestehenden Seuchenabwehrbestimmungen zu
revidiren und dabei eine Vereinfachung derselben und deren

möglichst gleichmäßige Handhabung in allen Bundesstaaten zu erstreben
und schließlich will sie beim nächsten Landtage die Gewährung von
Staatsmitteln zum Zweck der pathologischen Seuchenbekämpfung
und für die Veranstellung praktischer Versuche beantragen.

In der Debatte erklärten sich mit Ausnahme des Abg. v. Pappen-
heim, der die obligatorische Fleischschau durch Landesgesetz
nicht durch Reichsgesetz eingeföhrt wissen will, da er dem Reichs-
tage nicht traut, alle Redner durch die Erklärung der Regierung be-
friedigt.

Morgen fällt die Plenarsitzung im Interesse der Beschleunigung
der Kommissionsarbeiten aus. Am Freitag wird die heute abgebrochene
Verathung fortgesetzt; anherdem sieht die zweite Lesung der Lex
Krona auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus begann heute die Verathung, die, da
nach der Verlesung dem Hause nur das Recht zusteht, den Etat im
ganzen abzulehnen oder anzunehmen, lediglich den Charakter einer
akademischen Erörterung haben kann. Der Antrag der Kommission
lautete auf Annahme des Etats und Zustimmung zu der vom Ab-
geordnetenhause beschlossenen Resolution betreffend Bildung eines
außeretatmäßigen Dispositionsfonds von 20 Millionen zum Zweck
der Eisenbahn-Verwaltung, und die Verwendung weiterer etwa vor-
handener Ueberschüsse bis zur Höhe von 80 Millionen zur Ver-
mehrung der Betriebsmittel und Erweiterung der Bahnanlagen.

Die Generaldiskussion drehte sich in der Hauptsache um den
ländlichen Arbeitermangel, der erst vor wenigen
Tagen im Abgeordnetenhause erörtert ist, zu dem aber
auch das Herrenhaus naturgemäß seinen Senf zugeben
muß. Zur Vertheidigung dieser Kamalität schlug Graf zu
Stolberg-Berningerode eine Revision des Unter-
stützungswohlfüh-Gesetzes in dem Sinne vor, daß bei
Aufrechterhaltung der Freizügigkeit ein Arbeiter dort unterstützt
wird, wo er sein Brot gesucht hat, nicht aber von der Heimat-
gemeinde. Weiter forderte der Redner eine Aenderung des
Alters- und Invaliditätsgesetzes zur Erleichterung der
Landwirtschaft, eine Forderung, der auch Minister v. Miquel zu-
stimmte, da eine gerechtere Vertheilung der Lasten in ländlichen Be-
sitzen in der That wünschenswerth sei. Wahrscheinlich, um die
Unvorsichtigkeit seines Kollegen vom Landwirtschafts-Ministerium
wieder gut zu machen, trat Herr v. Miquel gegen die Auf-
hebung der Freizügigkeit ein, doch wird man dieser Aen-
derung im Hinblick auf die Debatten im Abgeordnetenhause nicht allzu
sehr trauen dürfen. Die Arbeiterschaft wird nach wie vor auf der
Hut sein müssen, um eine Verkümmernng der wenigen Volkrechte zu
verhindern.

Nebenher lief eine kleine Polendebatte und eine Rede des Grafen
v. Guille-Gzapalski, in der er für die Wiederbelebung
des alten Kartells und die Sammlung der wirtschaftlich
nahelstehenden politischen Parteien eintrat und dem Zentrum für
seinen in der Plottensfrage geübten Verath warmen Dank zollte.

Von den einzelnen Etats wurde nur der der Eisenbahn-
Verwaltung erledigt, wobei Minister Thiele das Verlangen der
Agrarier auf Aufhebung der Tarifiermäßigung für
Arbeiter zurückwies, da diese Tarife für einzelne Bundestheile
unentbehrlich seien.

Morgen wird die Verathung fortgesetzt.

Die Steigerung der Getreidepreise auf allen
europäischen Märkten, die durch die spanisch-amerikanischen
Wirren noch gefährlicher werden dürfte, und schon die Höhe wie
in den Theuerungsjahren 1890 und 1892 erreicht hat, erregt
liberal die Volksmassen. Aus Italien (Florenz und Bari)
werden ernste Unruhen und Einschreiten des Militärs gegen die
Hungernden, aus Südranckreich große Aufregung gemeldet.
Die italienische Deputirtenkammer hat heute einen Ge-
setzentwurf genehmigt, wonach die Herabsetzung der Getreidezölle
bis zum 15. August d. J. in Kraft bleibt. Obgleich auch für
Deutschlands Bevölkerung die Ercheinung höchst bedenklich ist,
denkt die Regierung nur an die Erhöhung der Lebensmittel-
zölle. Den Agrariern soll weiter alles zu Liebe, den Konsum-
menten zum Schaden gemacht werden. Hoffentlich bringen die
Wahlen die dringlich erforderliche Abrechnung.

Deutsches Reich.

— **Begnadigung.** Aus Stargard in Pommern meldet man
der „Berl. Ztg.“: Eine gegen den Polizeigeranten Maß wegen
schwerer Verleumdung erkannte dreimonatliche Gefängnisstrafe wurde
im Gnadenwege in Festungshaft von gleicher Dauer umgewandelt.

— **Ein Privatkanal** wird, der „Volks-Ztg.“ zufolge in
Ostpreußen geplant. Ein Konsortium von Privatleuten will die
beiden im Allensteiner Kreise belegenen großen Seen, den Landsee
und Plangiger See, mit einander verbinden. Hierdurch würde die
arme Gegend, in der die beiden großen Seen liegen, einen be-
deutenden Aufschwung nehmen, da dann die Holzhändler das Holz
aus den Forsten schneller und billiger besorgen könnten. Auch die
Wasserkraft der Seen soll durch Anlage eines großen elektrischen
Werkes ausgenutzt werden.

Tredden, 26. April. (Sig. Ber.) Die zweite Kammer des
Landtages entschied sich heute nach mehr als vierstündiger Debatte
mit 51 gegen 22 Stimmen für das Wallische Projekt II zum
neuen Ständehaus. Dasselbe bedingt die vielmehrstrittene
Niederreißung der berühmten Brühl'schen Terrasse auf eine Strecke
von 60 Metern, um die Nordfront des Gebäudes freizulegen.
Unsere Genossen stimmten für Projekt III, welches die Terrasse mit
geringen Aenderungen bestehen läßt. Ob diese Entscheidung eine
endgültige ist, läßt sich noch nicht sagen, da die Erste Kammer in
ihrer Mehrheit für die Erhaltung der Terrasse sein soll und auch
die Treddener Bevölkerung und Stadtvertretung die Verklärung der
Terrasse entschieden bekämpft.

Stuttgart, 27. April. Die Kammer lehnte den Artikel 3
des Gesetzes betreffend die Ortsvorsteher mit 51 gegen
30 Stimmen ab. Artikel 3 forderte, daß das Gesetz bezüglich der
zur Zeit im Amt befindlichen Schultheißen rückwirkende Kraft
erhalte.

Straßburg, 27. April. Der Landesausschuß nahm heute
in dritter Lesung den Gesetzentwurf, betreffend die Einschätzung der
Kapitalrenten, Löhne und Besoldungen, nach den Kommissions-
beschläffen an.

— **Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.**
Aus Deuten (Oberschl.) wird uns geschrieben: Auf dem Kloister-
Schacht in Scharley wurde der Arbeiter Jakob Gaidzil aus
Bobrownitz (Russ. Polen) wegen Majestätsbeleidigung ver-
urtheilt.

Oesterreich.

Wien, 26. April. Der Beschluß des Abgeordnetenhause, die
Anklage-Anträge gegen Baden einem Ausschusse von 86 Mitgliedern
zu überweisen, kam unerwartet und erregte großes Aufsehen. Die
Majorität von acht Stimmen kam dadurch zu Stande, daß die
meisten Mitglieder der katholischen Volkspartei sich enthielten,
während vier tiroler Mitglieder dieser Partei unter Führung
des Abgeordneten v. Jallinger für die Anklage stimmten; ebenso
stimmten die meisten Italiener für die Anklage. Der einwirkende
Ausschuß hat das Recht, Vorberathungen einzuleiten und Baden
vorzuladen und zu vernehmen. Der eigentliche Anklagebeschluß kann
von Hause erst nach erfolgter Berichterstattung des Ausschusses
gefaßt werden. In demselben wäre eine zwei Drittel Majorität
erforderlich, erst dann könnte der Staatsgerichtshof einberufen
werden.

Wien, 27. April. Abgeordnetenhause. Minister-
präsident Graf Thun gab bei der ersten Besung der in der
Sprachenfrage gestellten neuen Dringlichkeitsanträge etwa
folgende Erklärung ab: Zunächstlich habe es sich nicht mit einer
Sprachenfrage, sondern mit einem ganzen Komplex von Sprachen-
fragen zu thun, die verschieden zu behandeln seien (Zustimmung), je
nach der geographischen Begrenzung und der Verschiedenheit

der Amtspfären. Somit würden verschiedene Befehle notwendig werden. Die Kompetenz der Reichs- und Landesgesetzgebung werde im Auge zu behalten sein und neben dieser auch ein, wenn gleich eingeschränktes, Verordnungsrecht. Es wäre ein gewaltiger Schritt, zu glauben, daß die Sprachfrage durch ein von der Majorität beschlossenes, dem starken Widerstande der Minorität begegenendes Gesetz zu lösen wäre. (Zustimmung.) Wir wollen, fuhr der Minister fort, ein Gesetz, das besser ist, als die Verordnung, weil es für lange Zeit den berechtigten Bedürfnissen der Nationalitäten und des Staates zu entsprechen hat. Die Verständigung sei trotz der hochgehenden politischen Wogen bei gutem Willen erreichbar. Baden's Sprachverordnungen seien aufgehoben; sie entsprächen den tatsächlichen Verhältnissen der Länder nicht. (Zustimmung links.) Auch die gegenwärtig geltenden Verordnungen, welche das Bestreben hätten, sich den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen, könnten aufgehoben werden, sobald ein besseres Gesetz geschaffen sei, ja unter gegenseitigem Einverständnis vielleicht schon, wenn eine Einigung über gewisse Hauptpunkte im Ausschusse erzielt sei. (Hört! hört!) Die Regierung werde werththätig mitarbeiten, nicht als über den Parteien stehend, sondern als Vertreterin des an erster Stelle beteiligten Staatsinteresses und als Faktor, dem die Erreichung des Ziels am Herzen liegt. Eine ernste und rasche Thätigkeit in dieser hochwichtigen Frage thue dringend noth. Die Regierung wüßte keinen Raum zu schaffen für eine fruchtbringende gemeinschaftliche Thätigkeit auf allen anderen Gebieten. Bei aller Bedeutung des Einflusses des nationalen Empfindens müsse die Volksvertretung ein offenes Auge für das materielle Wohl der Bevölkerung haben. (Zustimmung.) Unsere besten Kräfte sind gelähmt. Wachen wir uns auf! Gegenwart und Zukunft werden uns dankbar sein!

Das Haus beschloß hierauf einstimmig auf Antrag des Abg. Funke, den Schluß der Sitzung wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes. —

Frankreich.

Paris, 27. April. Wegen des Tadelvotums, welches die Depuirtenkammer in ihrer Sitzung vom 30. März gegen den früheren General-Staatsanwalt Quesnay de Beaurepaire wegen seines Bögerthums, die gerichtliche Verfolgung in der Panama-Angelegenheit einzuleiten, ausgesprochen hatte, beschäftigte sich die Disziplinarkammer für richterliche Beamte mit dem Falle Beaurepaire und beschloß, ein Verfahren gegen Beaurepaire nicht einzuleiten.

England.

London, 26. April. (Unterhaus.) Der Erste Lord des Schatzes, Balfour, erklärte, nach den letzten der Regierung zugegangenen Nachrichten ist das Gerücht unbegründet, daß Rußland bemüht sei, einen Hafen am Barents-Fjord zu erwerben. Die Regierung habe auch nicht gehört, daß Rußland einen anderen Hafen in Schweden oder Norwegen zu erwerben wünsche. Eine solche Erwerbung würde übrigens keine Verletzung der englisch-russischen Verträge einschließen. —

London, 26. April. Im Unterhaus erklärte der Lord des Schatzes, Balfour, Deutschland und Belgien hätten eine zeitweilige Verlängerung der Handelsverträge angeregt. England habe seine Bereitwilligkeit ausgedrückt zu einstweiligen Arrangements für Behandlung als meistbegünstigte Nation hinsichtlich des vereinigten Königreichs mit der Berechtigung des Beitritts für die Kolonien, habe jedoch erklärt, es könne unter keinen Umständen in eine Erneuerung der Artikel 7 und 15 der bestehenden Verträge, welche deutschen und belgischen Waren in britischen Kolonien das Recht auf gleiche Behandlung einräumen, willigen.

Türkei.

— Zur Lage auf Kreta wird der „Intern. Korresp.“ aus Kanea vom 26. April geschrieben: Die jüngsten Streitfälle zwischen französischen und türkischen Soldaten dürften auf die Entwicklung der kretischen Frage von tiefgehenden Einflüssen sein, da die seitens der Admirale an den Sultan gerichtete Aufforderung, die türkische Besatzung zu verringern, in Konstantinopel nicht befolgt werden wird. Bemerkenswerth ist jedenfalls, daß gleichzeitig mit der Spannung gegenüber den französischen und russischen Besatzungstruppen die muhamedonischen Weys in Kanea und Geraklion einen auffallend freundschaftlichen Verkehr mit den Offizieren der englischen Truppen begonnen haben. —

Asien.

Peking, 26. April. Japan fordert und erlangte von China die Zusicherung, daß die Provinz Fukien, die der Insel Formosa gegenüberliegt, nicht veräußert werden würde.

— Verlegung des Peking-Postens? Aus London wird der „Post. Sta.“ berichtet: Die „Times“ folgern aus der Verurteilung des Vizekönigs von Wuchang nach Peking auf einen wichtigen Posten in der Hauptregierung, daß interessante Entwicklungen in der inneren und auswärtigen Politik Chinas bevorstehen. Nach einer Shanghaier „Times“-Drachtung scheint die Verlegung des Postens nach Singapur oder Hanking in Aussicht genommen zu sein. —

Amerika.

Panama, 27. April. („New-York Herald.“) Der Krieg zwischen Nicaragua und Costa Rica erscheint unvermeidlich. Der General Iglesias, in Begleitung von Offizieren, schiffte sich in Punta Arenas nach der Grenze von Nicaragua ein, um sich an die Spitze der Truppen zu stellen und die Operationen gegen den Präsidenten von Nicaragua, Santos Celajia, zu beginnen. —

Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Mainz-Lyppenheim, die am Sonntag in Hechtsheim abgehalten wurde und von 26 Delegirten aus 12 Orten besucht war, nahm nach einem Referat des Reichstags-Kandidaten Dr. David und dem von Eisner gegebenen Bericht des Agitationskomitees eine Resolution an, worin den Parteigenossen nahegelegt wird, mit allem Eifer für den Wahlkampf zu sammeln. Weiter wird den ländlichen Wahlvereinen empfohlen, die Bildung von Wahlkomitees vorzunehmen, um die nöthigen Vorbedingungen für den Wahlkampf zu treffen. St. O. berichtet dann über die letzte Sitzung des Bundeskomitees. In derselben ist beschlossene worden, zur Einleitung des Wahlkampfes für alle Wahlkreise Hessens ein Flugblatt vertheilen zu lassen, das den einzelnen Wahlkreisen kostenlos zur Verfügung gestellt werden soll. Ferner ist ins Auge gefaßt, den schlecht-gestellten Wahlkreisen die Stimmzettel zu liefern; auch soll ihnen mit einem kleinen Geldbetrag zu Hilfe gekommen werden.

Zu Pforzheim hat die Gemeindebehörde auf Anregung unserer Parteigenossen die Schulkommission mit der Vorberatung der Frage betraut, ob an alle Schüler der Volksschule die unentgeltliche Abgabe der Lehrmittel erfolgen kann.

Der sozialdemokratische Verein in Nürnberg hat im ersten Viertel dieses Jahres über 500 Mitglieder neu gewonnen.

Der sozialdemokratische Verein in Gera hat gegenwärtig 597 zahlende Mitglieder. Die Bibliothek des Verbandes umfaßt die statistische Zahl von 909 Bänden.

Vollständiges, Gerichtliches etc.

— Ein dritter Prozeß wegen groben Unfalls ist gegen das „Vollständiges“ anhängig und zwar wegen Aufnahme eines Eingangs, worin mitgeteilt war, daß ein näher bezeichnetes Wirth seinen Saal zu einer Versammlung verweigerte. — In einer Strafsache gegen Dr. Voelkel, den früheren Redakteur des „Vollständigen“, wurde wegen Nichterscheins des Angeklagten Verurteilung des Termins sowie Verhaftung und zwangsweise Vorführung Voelkel's beschlossen. —

— Redakteur Feldmann vom „Proletarier“ in Langenbittkau hat sich am 3. Mai vor dem Landgericht in Schweidnitz wegen angeblicher Beleidigung der Magdeburger Polizei zu verantworten.

Die Torgelower Streikaffäre vor dem Stettiner Schwurgericht.

Aus Stettin, den 26. April, wird uns berichtet: Vor dem Stettiner Schwurgericht beginnt heute ein Prozeß wegen schweren und einfachen Landfriedensbruchs, der sich gegen 40 ehemalige Arbeiter der Torgelower Eisengießerei richtete. Torgelow ist ein Ortchen im Stettiner Landkreise mit mehreren großen Maschinenfabriken und Eisengießereien, in denen viele hunderte von Arbeitern beschäftigt sind. Dort war gegen Ende vorigen Jahres ein ziemlich umfangreicher Streik ausgebrochen. Die Veranlassung zum Streik bot die Maßregelung mehrerer Arbeiter, deren Wiedereinstellung von den übrigen Arbeitern verlangt, von den Fabrikbesitzern aber nicht zugestanden wurde. Der Streik dauerte mehrere Monate und am Abend des 10. Januar d. J. kam es zu erregten Kämpfen zwischen Streikenden und „Arbeitswilligen“. Mehrere Arbeiter wurden schwer verletzt, ein Arbeiter nach Beendigung der Prügelei todt aufgefunden. Die von der Staatsanwaltschaft angekauften Ermittlungen haben den folgenden, der Anklage zu Grunde liegenden Sachverhalt ergeben.

Unter den Streikenden herrschte eine straffe Organisation. Es wurden regelmäßige Unterhaltungsgebeide aus der Kasse eines größeren Fachverbandes gezahlt. Die Kontrolle wurde in der Weise ausgeübt, daß sich die Streikenden täglich in dem Lokale eines Gastwirths Pense in Torgelow einzufinden und dort die ihnen aus-gestellten Streikkarten abstempeln zu lassen hatten. Die abgestempelten Streikkarten dienten als Unterlage für die Auszahlung der Gelder. Außerdem wurden Streikposten auf dem Bahnhof in Torgelow und auf den Wegen, die die nicht in Torgelow selbst wohnenden Arbeiter zu passiren hatten, aufgestellt, um fremde Arbeiter auf den in Torgelow herrschenden Streik aufmerksam zu machen und die nicht auswärtigen Arbeiter, von denen eine Anzahl in den Torgelow benachbarten Ortschaften Stalberg und Ruhlmorgen wohnen und täglich von ihrem Wohnort morgens zur Arbeit gehen und abends nach der Arbeit nach ihrem Wohnort zurückkehren, zur Theilnahme am Ausstand aufzufordern. Am 10. Januar d. J. fand morgens in dem erwähnten Gasthause die übliche Versammlung der Streikenden behufs Ausfertigung der Streikkarten und Erörterung der Streikangelegenheiten statt. Es war verabredet, am Abend verschiedene Streikposten aufzustellen. Am Nachmittag wurden diese Streikposten abgeholt. Die Organisation dieser Postenaufstellung wurde von dem Arbeiter Meyer geleitet, der nach seiner eigenen Angabe etwa 32 Mann für den Weg nach Ruhlmorgen und Stalberg, 3—4 Mann für den Weg nach Uckerhüde und etwa 15 Mann für den Weg nach Hammer und Aischersleben beordnete. Meyer selbst giebt weiter an, daß er damals bereits das Gefühl gehabt habe, daß eine Schlägerei im Werke sei, und will deshalb die Posten garnirt haben, keine strafbaren Handlungen zu begehen, die Leute wähten ja, was sie zu thun hätten. Aus der Versammlung heraus sollen schon früh Stimmen laut geworden sein, daß die Arbeiter, welche nicht gutwillig die Arbeit einstellen, Prügel verdienen. — Am Abend sind auf dem Wege nach Aischersleben und Hammer einerseits und nach Ruhlmorgen und Stalberg andererseits tatsächlich Ausschreitungen vorgekommen. Wegen der ersteren scheidet ein besonderes Verfahren. Die vorliegende Unternehmung betrifft lediglich die Vorgänge auf dem Wege nach Ruhlmorgen und Stalberg. Die Landstraße von Torgelow nach Palswall führt dort durch die königliche Forst. Eine größere Anzahl von der Arbeit zurückkehrenden Arbeiter sind in diesem Walde angefallen und schwer verletzt worden. Ein Arbeiter Littmar entging nach der Anklage nur dadurch Mißhandlungen, daß er der Wahrheit gemäß angab, er arbeite in der Fabrik von Wollgasse, die vom Ausstand ja nicht betroffen sei. Einem Arbeiter Witsch wurde die Kopfhaute aufgeschlagen, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte und 14 Tage arbeitsunfähig war. Ein Arbeiter Wlucen wurde an den Hüften und Beinen so verletzt, daß auch er 14 Tage arbeitsunfähig war. Die Verletzten gaben an, daß der Angriff auf sie auf gegebene Zeichen erfolgte. Um 7 Uhr abends verließen die Arbeiter Stimm, Krandt und Franke die Fabrik von Gasse u. No. und warteten am Waldeingang etwa 10 bis 15 Minuten auf die Arbeiter Giermann und Strick und den Lehrling Siehm. Zu sechs gehend machten sie sich auf den Weg nach Ruhlmorgen. Sie hatten ihren Weg nur eine kurze Strecke weiter fortgesetzt, als sie einen Pfiff hörten und sechs bis sieben Mann auf sie losstürzten. Auf die Frage der Hinzutretenden, woher Stimm und seine Genossen kämen und die Antwort „aus Torgelow“ erfolgte, fiel sofort ein Schlag, der den Stimm veranlaßte, zu entlaufen. Stimm, der auf der Flucht von der Stelle des Angriffs her noch einen Schrei hörte, ist unverletzt entkommen. Arbeiter Franke, der seiner Angabe nach bereits einige Wochen vorher an derselben Stelle von mehreren Leuten angehalten und mit Körperverletzung bedroht worden sein will, erhielt beim ersten Angriff mit einem dicken Spazierstock mehrere Schläge über den Rücken und rettete sich ebenfalls durch schleunige Flucht. Das gleiche that der Formerlehrling Siehm, nachdem er einen Schlag über den Arm erhalten hatte. Arbeiter Strick sah, daß Krandt und Franke Schläge delamen und Krandt zu Boden fiel. Er selbst bekam einen Schlag ins Kreuz, ergriff die Flucht und wurde, nachdem er 60 bis 80 Schritt gelaufen war, von 7—8 Mann, die aus dem Walde kamen, überfallen und mit Knütteln geschlagen. Er hatte eine große Wunde am Kopf und ist ebenfalls in ärztlicher Behandlung gewesen. Auch er will bereits früher einmal von einem Arbeiter Bürger mit Schlägen bedroht worden sein, falls er weiter arbeite. Rautcher Giermann sah, daß Krandt geschlagen wurde und erhielt selbst so heftige Schläge auf den Kopf, daß ihm das Feuer aus den Augen sprang und er zu Boden stürzte. Er war in ärztlicher Behandlung und noch fünf Wochen nach dem Vorfall arbeitsunfähig. Krandt ist nach dem Angriff nicht mehr lebend gesehen worden. Einige Stunden später wurde Krandt als Leiche gefunden, etwa 600 Meter von der Angriffsstelle entfernt. Die Leiche lag auf dem Wauche und auf dem Gesicht mit gespreizten Beinen und Armen. Die am 13. Januar stattgehabte Oeffnung der Leiche ergab nur geringfügige äußere Verletzungen, an den Augenlidern, an der Nase und am linken Unterleifer. Tiefe Verletzungen haben den Tod des Krandts nicht zur Folge gehabt. Der Tod ist vielmehr infolge Lungendämms eingetreten. Der Lungenschlag ist entstanden durch Abstrich der abkühlbaren Luft. Der Abstrich der abkühlbaren Luft ist dadurch herbeigeführt, daß Krandt mit dem Gesicht auf dem Erdboden gelegen hat. Nach dem ärztlichen Urtheile muß angenommen werden, daß Krandt gewaltsam mit dem Gesicht auf der Nase zu Boden gedrückt worden ist, bis der Tod durch Erstickung eintrat. Dafür, daß er mit großer Kraft niedergedrückt worden ist, spricht auch ein am Orte des Ueberfalls vorgefundener Abdruck des Körpers im nassen Sande. Als ausgeholfen Krandt es gelten, daß Krandt ansänglich nur beknüttelt war, sich aufgerrast habe und erst 600 Meter weiter zusammengebrochen sei. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Leiche des Krandt von fremder Hand die 600 Meter weiter geschleppt worden ist. So freist sich der Vorfall in den Augen der Staatsanwaltschaft dar.

Aus der Reihe derjenigen Ausständigen, die sich am Abend des 10. Januar in dem Walde bei Ruhlmorgen und Stalberg befunden haben, sind 40 Personen ermittelt worden, die sammtlich heute als Angeklagte zu erscheinen haben, von denen die ersten 34 seit Januar in Untersuchungshaft sitzen. Angeklagt sind im ganzen 40 Personen, unter ihnen der schon erwähnte Arbeiter Karl Meyer als „Häufelsführer“. Gegen 12 Personen lautet die Anklage auf qualifizierten schweren Landfriedensbruch, gegen 28 auf einfachen Landfriedensbruch.

Die Anklage steht in den Vorgängen im Walde von Ruhlmorgen, welche sich sammtlich in der Zeit von 6—7½ Uhr abends abgespielt haben, als ein „einheitsliches, auf einer — sei es ausdrücklichen, sei es stillschweigenden Vereinbarung beruhendes Geschehniß“ an. Die Schuld des Meyer als „Häufelsführer“ folgert die Anklagebehörde aus der Thatfache, daß er die Posten abgetheilt habe und aus der Vernehmung: „die Leute wähten schon, was sie zu thun hätten“. Die Anklage ist der Meinung, daß schon aus dem Umstande,

daß so zahlreiche Posten aufgestellt wurden, mit Deutlichkeit zu erkennen sei, daß es auf einen Gewaltstreik abgesehen sei; dazu komme, was ohne Verabredung kaum denkbar erscheine, daß die größte Zahl der Personen, welche sich auf den Ruhlmorgener Weg begaben, sich mit Revolvern, Knütteln, Steinen und Ochsenziemern bewaffnet hatten. Die Schuld der übrigen Angeklagten folgert die Anklage theils aus eigenen Angaben, theils aus Vernehmungen des einen Angeklagten über den andern, theils aus Zeugnisaussagen von Leuten, die schon in der umfangreichen Voruntersuchung befragt worden sind.

Es ist selbstverständlich eine sehr große Anzahl Zeugen geladen, da die Vertheidigung auch zahlreiche Entlastungszeugen herbeigeführt hat.

Als Vertheidiger fungiren neben mehreren Officialvertheidigern die Rechtsanwälte Beer mann-Stettin und Dr. Hugo Heinemann-Berlin. Die Verhandlung wird voraussichtlich vier Tage dauern.

Die Zahl der Zeugen beläuft sich auf 67. Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Angeklagten Meyer, der entschieden eine Schuld von der den „Arbeitswilligen“ zu theil gewordenen Thätigkeit in Abrede stellt und darlegt, daß er die Streikposten vor strafbaren Handlungen gewarnt habe. Keuchlich sagen verschiedene andere Angeklagte aus. Der Angeklagte Berger giebt zu, mit im Walde gewesen zu sein. Die Leute seien sehr erregt gewesen, es sei das Gerücht verbreitet gewesen, die nicht streikenden Arbeiter hätten Revolver und ein Fabrikbesitzer hätte ihnen 50 M. Prämie versprochen, wenn sie einen Streikenden erschössen. Vorchardt und Foth wären angehalten gewesen und er habe die beiden deshalb vor Handgreiflichkeiten gewarnt. Foth habe einen Revolver geholt, obwohl er es ihm unterfagt hatte. Der Revolver war geladen und er habe den Revolver zu sich gefehlt aus Vorsicht. Zwei Arbeiter seien über einen Mann hergefallen, er habe ihn aber zu schütten gesucht und dem einen den Stock entwunden. Von diesem sei er sogar mit dem Messer bedroht worden. Den Revolver habe er verloren, da er im Hausen einmal hingefallen sei. Er habe die Leute nur abhalten wollen, um ¼8 Uhr sei er schon zu Hause gewesen, deshalb habe er von den letzten Vorgängen nichts gesehen.

Angekl. Holz bezeugt Meyer, daß er die Posten aufgestellt und gesagt habe: „Nun paßt auf, wenn gepiffen wird, kommt Ihr vor.“ Er selbst habe einen Arbeiter angehalten und ihm zugeredet, er solle die Arbeit niederlegen und in den Metallarbeiter-Verband eintreten. Dieser habe ihn aber über die linke Hand geschlagen. Diesen Schlag habe er nun seinerseits mit einem Schläge über den Nackel beantwortet. Weiter habe er nichts gethan.

Angekl. Franz Peters giebt zu, Steine in der Tasche gehabt zu haben. Vors.: Weshalb hatten Sie die Steine bei sich? Angekl.: Weil sich die weiter arbeitenden Arbeiter mit Revolvern und Knütteln bewaffnet hatten. Ich habe aber schließlich die Steine wieder weggeworfen. Gebauert habe ich nicht. Als ich nach Hause ging, sah ich einen Mann auf der Landstraße liegen und ich sagte noch: Es ist doch zu toll hergegangen, da ist vielleicht noch manch Unschuldiger darunter gewesen, weil es mir leid that.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauarbeiter. Die Zimmerer Magdeburgs und Umgegend legten einmüthig die Arbeit nieder, weil der von ihnen geforderte Lohn von 45 Pf. pro Stunde nicht bewilligt wurde.

In Kassel hat eine Verhandlung der Zimmerer mit den Unternehmern zu keinem Verständniß geführt, da die von der Meisterkommission angebotene Lohnzulage von 1 bis 2 Pf. von den Arbeitern als ungenügend bezeichnet wurde. Die Arbeiter haben ihre Forderungen geändert und verlangen jetzt 8 Pf. Zulage zum Stundenlohn, während erst allgemein 40 Pf. Stundenlohn gefordert wurde. Im Ausstand befinden sich 225 Mann, davon sind 40 abgereist.

Die Zimmerer in Nürnberg schlagen in Sachen ihrer Lohnbewegung vor, das Gewerkegericht als Einigungsamt anzurufen. Damit hat sich die Innung einverstanden erklärt.

Zum Streik der Schuhmacher in Köln. In einer gut besuchten Versammlung der freireichenden Schuhmacher wurde den Arbeitern von einigen Meistern das Entgegenkommen gebracht mit ihnen zu unterhandeln, um den Streik zum Abschluß zu bringen. Die Arbeiter sind auf diesen Vorschlag eingegangen und können die Verhandlungen dazu beitragen, dem Kampf ein Ende zu bereiten.

Der Streik der Formner der Eisengießerei von Spierling u. Co. in Klostert ist aufgehoben. Wenn es auch den Arbeitern nicht gelungen ist, die Fabrikleitung zur Anerkennung ihrer Forderungen zu zwingen, so gelang es andererseits den Firmeninhabern nicht, für die Streikenden Ersatzkräfte heranzuziehen, so daß die Fabrikleitung sich jetzt genöthigt sieht, die Formerei und Gießerei auszugeben.

Die Klempner in Neumünster haben im allgemeinen eine Lohnaufbesserung erreicht und den Ausstand für beendet erklärt.

Steinarbeiter-Ausstand. Aus Striegau wird uns geschrieben: Heute sind ungefähr 1000 Steinarbeiter in den Streik getreten. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern schwebten bereits seit Februar, die Herren Arbeitgeber lebten aber jede Forderung rumbweg ab und ließen sich auf keine Verhandlungen mit den Arbeitern ein. Für die Arbeiter sind die besten Aussichten vorhanden. Bezug von Arbeitslohn steht kaum zu erwarten, da die hiesigen Arbeiter kaum das nothdürftigste verdienen, und infolge dessen ein Fremder überhaupt nicht auskommen kann. So verdienen beispielsweise die Arbeiter (Püher) Löhne von 8—16 M., die Pöhne über 16—20 M. und schon selten und die darüber nur Ausnahmen. Drucker verdienen etwas mehr. Die Arbeiter haben fast durchweg eigenes Werkzeug zu stellen. Außerdem ist in den Bräcken, wo hauptsächlich Platten gearbeitet werden, noch Brennarbeit üblich, so daß bei diesen Arbeiten noch 7—8 pCt. für das Kleben (oder Stücken) vom Lohn in Wegfall kommen. Aus alledem geht hervor, daß die Forderungen der hiesigen Arbeiter, und zwar in erster Linie eine Lohnerhöhung von 20 pCt., vollständig berechtigt sind. Die anderen Forderungen sind zum Theil bereits durch die Befehle vorgeschrieben, aber an eine Ausführung dieser Bestimmungen haben verschiedene dieser Herren noch nicht gedacht. Die Arbeiterschaft Deutschlands ersuchen wir, uns in diesem Kampfe möglichst zu unterstützen, und sind alle Zuwendungen an Steinarbeiter August Ritsch, Striegau, Gräbenstr. 29, zu richten.

Die ober-schlesischen Hüttenarbeiter werden gelegentlich zum Streiken erregt. Gegenwärtig gehen viele Werke wieder mit Verlängerung der Arbeitszeit vor. Am schlimmsten treiben es die gräflich Hugo, Arthur u. Zapp Hensel'schen Zinkhütten bei Antonienhütte, wo die achtstündige Schicht nach der „Praca“ auf die zwölfstündige erhöht wurde. Einweisen haben die Arbeiter nachgeben müssen, man lockte sie durch die anscheinend höheren Löhne. Aber die Stimmung unter den Arbeitern läßt den Ausbruch eines Streiks befürchten.

Die Glasergewerkschaften in Gera versuchen mit den Unternehmern um die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und einen Lohnzuschlag von 10 pCt. zu verhandeln.

Die Mäcker der Eger'schen Mühle in Deuben bei Dresden befinden sich im Ausstand.

Ausland.

Angeklagt des drohenden großen Konflikts zwischen Arbeitgeber und Arbeitern in Dänemark haben nun die vereinigten dänischen Fachvereine eine Delegirten-Versammlung abgehalten und ihre Beschlüsse gefaßt. Sämmtliche Delegirten waren darin einig, daß man in eine Verlängerung der Arbeitszeit unter keinen Umständen willigen könne, namentlich könne man sich auch nicht dem Nachspruch des Arbeitgeber-Vereins in bezug auf die Arbeitszeit der Maler fügen, da diese bisher thatsächlich nur 9—9½ Stunden gearbeitet haben. Im Nothfall müßte man den

Kampf aufnehmen, zu dem die Arbeiter gezwungen würden. Vorläufig soll aber mit dem Arbeitgeber-Verein durch den Vorstand der vereinigten Fachvereine verhandelt werden.

Der dänische Buchbinder-Verband hielt seinen Jahreskongress ab. Aus dem Bericht geht hervor, daß man in Kopenhagen 9 1/2 stündige Arbeitszeit erlangt hat und 18 Kr. Minimallohn. Der Verband zählt 737 Mitglieder. Es wurde beschlossen, dem Verband der vereinigten Fachvereine am 1. Mai beizutreten. Der nächste Kongress findet in Kopenhagen statt.

George Barnes, der bekannte Leiter des großen Maschinenbauers-Streiks, ist von den Mitgliedern der Gewerkschaft als Generalsekretär wiedergewählt worden. Außer ihm hatten sich drei weitere Kandidaten zur Wahl gestellt, darunter sein Vorgänger im Amt. Diese haben, wie der „Labour Leader“ mitteilt, zum Theil in recht loyaler Weise gegen Barnes gekämpft. Sie machten ihm zum Vorwurf, daß er Sozialist und Mitglied der Independent Labour Party sei; er stehe politisch auf dem äußersten linken Flügel, seine Partei thue alles, die Kluft zwischen Kapital und Arbeit immer mehr zu erweitern. Trotzdem ist Barnes mit erheblicher Majorität wiedergewählt worden. Er erhielt nach einer soeben eingegangenen Witzteilung unseres Londoner Korrespondenten 5004 Stimmen Mehrheit über alle seine Gegner zusammen und 6149 Stimmen Mehrheit über den ihm am nächsten gekommenen Gegenkandidaten. Es muß anerkannt werden, daß auch sehr angesehenen Vertreter des alten Unionismus für die Wiederwahl von Barnes eingetreten sind. Im ganzen ist in England ein Gewerkschaftsbeamteter, wenn er sich nicht großer Verdienste schuldig gemacht hat, seiner Wiederwahl ziemlich sicher. Es herrscht eine große und im allgemeinen auch berechtigte Abneigung dagegen, einen Mann aus dem Amt, in das man ihn hineingewählt hat, ohne triftigen Anlaß zu entfernen und ihn damit zum Kampf um Dasein unter ungünstigeren Umständen zu nötigen, als sie vordem für ihn bestanden. Die Zahlen der Maschinenbauerverbände sind: Barnes 17 358, Anderson 12 207, Barton 851, Harnston 204 Stimmen.

Die internationale Dockarbeiter-Konferenz soll am 14. 15. und 16. Juni in London abgehalten werden. Präsident der Dockarbeiter-Vereinigung ist Tom Mann und ihr Sitz London, Bridge House 181, Queen Victoria Street.

Gerichts-Beitrag.

Eine für Krankenkassen wichtige Entscheidung hat das Ober-Verwaltungsgericht gefällt. Die Orts-Krankenkasse der Maurer hatte beim Bezirksausschuß die Genehmigung zu zwei Statutenänderungen nachgesucht. In den § 1 ihres Statuts sollte eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach die bei der Herstellung von Mägen, Draht- und Zementwänden und die bei Tief- und Monnierbau beschäftigten Arbeiter, sowie Hiesler, Gipfdeckerarbeiter u. d. der Kasse anzugehören hätten. Die andere Aenderung, die den § 15 betraf, richtete sich gegen die Maurer, die in den Vororten wohnen und sich während des Winters die Mitgliedschaft bei der Berliner Ortskasse als freiwillige Mitglieder erhalten. Es sollte durch diese Aenderung verhindert werden, daß jene Mitglieder während ihres Aufenthaltes auf dem Lande gewisse, leicht zu mißbrauchende Ausnahme-Bestimmungen ausnützen, ohne wirklich krank zu sein. Der Bezirksausschuß als Beschlußbehörde wies den Antrag auf Genehmigung der beschlossenen Statutenänderungen zurück, ging aber in dem Beschluß nur auf die Aenderung des § 1, die Zugehörigkeit der Mägenarbeiter u. d. betreffend, ein. Er berief sich auf eine Verfügung des Ober-Präsidenten vom 4. Juni 1897, worin angeordnet war, daß eben jene oben erwähnten Arbeiter, soweit sie noch der Maurerkasse angehören, in die Allgemeine Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen überzutreten hätten. Die Klage der Kasse wies der Bezirksausschuß ebenfalls ab, indem er ausführte, sie sei materiell unzulässig. Hiergegen legte Rechtsanwalt Dr. Hugo Marcus für die Maurerkasse Revision ein. Er führte vor dem Ober-Verwaltungsgericht aus, daß die Entscheidung des Bezirksausschusses zunächst an dem Mangel krank, daß sie die vorgeschlagene Statutenänderung gegen etwaige Simulanten überhaupt nicht berücksichtigt habe, also in dieser Beziehung eine Entscheidung ohne Gründe sei. Wegen der anderen Statutenänderung machte der Anwalt geltend, der Bezirksausschuß habe zu Unrecht es für unzulässig erklärt, die Frage zu erörtern, ob die erwähnten Spezialarbeiter ihrer Beschäftigungsart nach der einen oder anderen Kasse zuzuweisen seien, nur weil der Oberpräsident materiell hierüber entschieden habe. Denn wenn das Gesetz einen Rechtsweg gewähre gegenüber dem Bescheide, der die Statutenänderung nicht genehmigt, so müsse es auch zulässig sein, im Verwaltungsstreit-Verfahren die Einzelheiten materiell nachzuprüfen. Materiell sei nun geltend zu machen, daß die fragliche Aenderung nur eine richtige Interpretation der vorhandenen Statutenbestimmungen darstelle, denn die betreffenden Spezialarbeiter gehörten begrifflich zu den „Arbeitern im Mauereigewerbe“. Wenn der Oberpräsident, der in seiner Zuteilung von Arbeitern zu einer Kasse keine Gründe angeben brauche, lediglich allein diskretionär und endgültig diese Zuweisung bewirken könnte, dann wäre ja der Rechtsweg gegen Verfügung von Statutenänderungen ohne jede Bedeutung. Das Ober-Verwaltungsgericht wies nach längerer Verhandlung die Revision mit folgender Begründung zurück:

Die Bemängelung, daß der Bezirksausschuß auf die Statutenänderung bezüglich der Simulanten gar nicht eingegangen sei, übertrifft, weil das Verwaltungsstreitverfahren hinsichtlich dieses Theils der Anträge der Kasse überhaupt vorläufig noch nicht gegeben sei. Der Bezirksausschuß habe allerdings die Zulässigkeit dieser Aenderung des Statuts, auch in der Beschlussefassung, nicht geprüft; gerade deswegen sei aber das Ober-Verwaltungsgericht nicht in der Lage, darauf einzugehen, und es dürfe die Beschlußfassung des Bezirksausschusses hierüber als noch nicht erledigt angesehen. — Was die Aenderung des § 1 angeht, so werde darin ausgesprochen, daß eine gewisse Klasse von Personen der Maurerkasse angehören sollten. Hierin sehe der Vertreter der Kasse eine wichtige Deklaration des bestehenden Statuts. Dem sei entgegen zu halten, daß der Oberpräsident auf Grund des § 37b des Krankenversicherungs-Gesetzes entschieden habe, daß die meisten dieser Leute zur Allgemeinen Ortskasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen gehörten. Eine solche Entscheidung sei eine authentische Interpretation des Statuts und gebe unabänderlich Aufschluß über den bestehenden Zustand. Änderungen dieses Zustandes zu beschließen, liege nicht in der Macht der Kasse. Derartige Ueberweisungen gewisser Gewerbezweige an bestimmte Klassen richteten sich nach den §§ 47 und 48 des Krankenversicherungs-Gesetzes und seien an bestimmte Voraussetzungen und Bestimmungen (des Oberpräsidenten, Ministers) gebunden. Im Verwaltungsstreitverfahren sei darüber nicht zu entscheiden.

Ueber den Ausgang des Verleumdungsprozesses gegen die Gebrüder Seidel wird aus Braunschweig noch berichtet: Als der Vorsitzende das schon telegraphisch gemeldete freisprechende Urtheil verkündete, erfolgte im Auditorium härmischer, lang anhaltender Weisfall, begleitet von Hundeläutchen und Hochrufen auf den Gerichtshof. Als endlich Ruhe eintritt, bemerkt der Präsident, Landgerichtsdirektor Buchheiser: Ich muß mein tiefes Bedauern ausdrücken, daß das Publikum sich derartig hat hinstellen lassen, die Würde des Gerichtshofes zu verletzen. Das Hoch, das dem Gerichtshof ausgebracht worden ist, läßt uns sehr gleichgültig. Wir lassen uns durch nichts beeinflussen, sondern urtheilen lediglich nach Recht und Gesetz. Es ist selbstverständlich nicht meine Absicht, das Urtheil heute in vollem Umfange zu begründen. Die Verhandlung hat sich eigentlich mehr mit dem verstorbenen Professor Seidel, bezw. dessen ärztlicher Thätigkeit, als mit der eigentlichen Straftat beschäftigt. Die Ansichten, ob Professor Seidel seine Pflicht erfüllt hat, werden noch lange im Publikum getheilt sein. Der Gerichtshof

hat keine Veranlassung gehabt, in dieser Beziehung eine Entscheidung zu treffen, da dies mit der eigentlichen Straftat nichts zu thun hat. Der Gerichtshof hatte lediglich zu beurtheilen, ob die Veröffentlichungen der Angeklagten strafbar sind. Der Gerichtshof ist der Ansicht, die Verhandlung habe nicht das geringste ergeben, was die Behauptung rechtfertigt, daß die Assistenten als Denunzianten, aus Nachsicht oder Böswilligkeit gehandelt haben. Sie waren als Beamte verpflichtet, sich zu Protokoll vernehmen zu lassen. Ein Urtheil über den Beschluß des Staatsministeriums steht dem Gerichtshof nicht zu, jedenfalls hat die Verhandlung nicht ergeben, daß das Staatsministerium irgendwie eifertig gehandelt habe. Was nun die vorliegende Straftat anlangt, so haben sich die Angeklagten zweifellos objektiv der Verleumdung schuldig gemacht. Allein kein denkender Mensch wird den Angeklagten das Recht absprechen, für die Ehre ihres verstorbenen Bruders einzutreten. Und es muß ausdrücklich anerkannt werden, daß sie dies mit großer Energie gethan haben. Die Angeklagten haben daher in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, ihre Freisprechung ergibt sich dadurch von selbst. Nach den gesetzlichen Bestimmungen fallen danach die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last.

Das Ober-Verwaltungsgericht und die Freizügigkeit. Ein Müller R., welcher offenbar ein großer Freund von Manneken war und wegen Körperverletzung mehrere Male Strafen erlitten hatte, war nach Berlin gekommen und hatte hier bald lohnende Arbeit gefunden. Auf Grund des § 2 Nr. 2 der Verordnung über die Aufnahme neu anziehender Personen vom Jahre 1842 wurde R. aus Berlin ausgewiesen, nach fruchtloser Beschwerde erhob R. gegen den Oberpräsidenten Klage beim Ober-Verwaltungsgericht. Er hob hervor, daß er inzwischen älter und verkränkelt geworden sei, seit seiner letzten Verurteilung seien 5 Jahre verfloßen; er könne die besten Zeugnisse von seinen Arbeitgebern aufweisen. Er könne auch wieder als entlassener Sträfling, noch auch als Neuanziehender angesehen werden. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte jedoch, wie die „Volks-Zeitung“ meldet, auf Abweisung der Klage; § 2 Nr. 2 der erwähnten Verordnung bestehe noch immer zu Recht; zu den „entlassenen Sträflingen“ im Sinne dieses Gesetzes gehören alle Personen, die überhaupt Strafen verübt haben; auf den Zeitraum seit Verhängung der Strafe komme es nicht an. Auch gehöre eine Person so lange zu den „Neuanziehenden“, bis es der Polizei gelungen sei, das Vorleben festzustellen. Nach der Verurteilung des R. konnte das Polizeipräsidium annehmen, daß R. eine „für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährliche Person“ sei. Sehr angenehm für die herrschende Reaktion, um sozialdemokratischen Medakturen auch ohne Sozialistengesetz mit dem kleinen Belagerungsstand zu kommen. Weiter brauchen die ostelbischen Junker ihre Arbeitsklaven nur zu einer mit Gefängnis zu bestrafenden Vergewaltigung auszusuchen, um die Landflüchtlinge für immer an die Scholle fesseln zu können. Es erregt sich da für den „bestrauten“ Theil des deutschen Volkes eine angenehme Perspektive.

Staatsanwalt Pannier vor Gericht. Aus Bernburg, 27. April, wird uns berichtet: Heute begann in dem herzoglich-Anhaltischen Amtsgericht der gegen den hiesigen Staatsanwalt Pannier wegen Mißhandlung seines Kindes anhängig gemachte Prozeß. Es erregte seinerzeit ganz erhebliches Aufsehen, als durch die deutsche Presse die Nachricht ging, ein Staatsanwalt habe an seinem eigenen Kinde in empörender Weise die Vaterpflichten verlehrt. Ein Medakteur der in Bernburg erscheinenden Presse hatte die in gewissen Kreisen bereits bekannte Sache an das Licht gezogen und an die Staatsanwaltschaft zu Bernburg das Verlangen gestellt: 1. dem Staatsanwalt Pannier resp. dessen Obern sofort die Kinder zu entziehen und sie an geeigneter Stelle zur Erziehung unterzubringen; 2. entweder gegen den verantwortlichen Medakteur des Blattes wegen öffentlicher Verleumdung oder gegen Staatsanwalt Pannier auf Grund des § 223 u. des Strafgesetzbuches einzuschreiten. Es hieß in den Ende Januar d. J. über die Angelegenheit veröffentlichten Artikeln: Lehrer und Lehrerinnen seien verschiedentlich auf das Kind des Staatsanwalts, welches einen eigenthümlich geängstigten Eindruck machte, aufmerksam geworden. Einmal Tages soll das Kind so zerklüftet zur Schule gekommen sein, daß die Lehrerin dieses Mitleid empfand und das bedauernde Wesen genau untersuchte. Es wurden erhebliche Körperbeschädigungen festgestellt, z. B. am Auge eine auffallend blutartige Stelle, ferner war das eine Ohr stark mit Blut unterlaufen und der Fuß war derartig verlehrt, daß das Kind nicht mehr gehen konnte, sondern mit der elektrischen Bahn nach Hause befördert werden mußte. Es wurde gesagt, daß das Kind fortwährend Hunger leiden mußte und von den Mitschülern mit Imbiß versorgt worden sei. Die Lehrerin hätte sich einmal von anderen Kindern das Frühstück der Kleinen zeigen lassen, wobei sich herausgestellt haben soll, daß es nur in einem Stück trockenen Kommissbrot bestand. Von Mischfakten soll erzählt worden sein, daß das Kind gesagt habe, es hätte oft Nächte lang in einer Kiste im Keller zubringen müssen. Das Kind soll auf Befragen erklärt haben, daß ihm die Verleugungen durch den Vater zugefügt worden seien und Frau Staatsanwalt Pannier soll weinend zu der Lehrerin gekommen sein und erklärt haben, daß sie die Kinder vor dem Jahrgang des Vaters nicht zu schützen wisse. Staatsanwalt Pannier hat selbst die Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich beantragt, worauf eine Voruntersuchung eröffnet wurde, die von dem ständigen Untersuchungsrichter beim herzoglichen Landgericht zu Dessau geführt worden ist.

In der gestrigen Verhandlung wurde, wie uns ein aus Bernburg eingehendes Telegramm meldet, Staatsanwalt Pannier schuldig gesprochen und zu nur zwanzig Mark Geldstrafe verurtheilt. Kleinere Plänkchen zwischen Staatsanwälten und Verteidigern gehören in preussischen Gerichtssälen leider nicht zu den Seltenheiten — wer zumeist die Schuld daran trägt, soll hier nicht untersucht werden. In einem kürzeren Zusammenstoß indessen kam es gestern vor der 139. Abtheilung des Amtsgerichts I zwischen dem Staatsanwalts-Assessor Schütte und dem Verteidiger, Rechtsanwalt Bronker. Als letzterer, während Assessor Schütte gerade mehrere Fragen an eine Zeugin richtete, sich mit einer anderen Frage an den Vorsitzenden wandte, glaubte der Vertreter der Anklagebehörde, daß der Verteidiger ihn berichtigen wolle, deshalb rief er ihm in brüskem Tone zu: „Herr Verteidiger, mit Ihnen konferire ich nicht.“ Als Rechtsanwalt Bronker darauf bemerkte, daß er zum Staatsanwalt gerufen gesprochen habe, wandte dieser sich an den Vorsitzenden mit den Worten: „Ich bitte den Herrn Verteidiger darauf aufmerksam zu machen, daß ich nicht mit ihm konferire.“ Eine Erwiderung seitens des Verteidigers konnte nicht erfolgen, da der Vorsitzende mit der Bitte, einen solchen Ton nicht in die Verhandlung hineinzutragen, den Zwischenfall für erledigt erachtete. Im Laufe der Verhandlung wiederholte der Verteidiger die Frage, welche den Anlaß zu der „Disharmonie“, wie er sich ausdrückt, gegeben hatte, und nahm dabei Gelegenheit, folgende Worte hinzuzufügen: „Leider verbietet es mir der Wunsch des Vorsitzenden, hier das Benehmen des Staatsanwalts zu kennzeichnen.“

Der Krieg.

Die spanische Flotte scheint sich der Küste der Vereinigten Staaten zu nähern. Vorigen Tag wurde diese Nachricht, so können bald wichtige Ereignisse vom Kriegsschauplatz berichtet werden.

Nach einem in London eingelaufenen Telegramm kreuzen zwei spanische Torpedoboote in der Nähe der Casquets-Felsen bei der Insel Alderney; ein großer armirter Dampfer, der ebenfalls spanischer Nationalität sein soll, ankert zwischen dem Soure-Felsen und Quessant. Ferner wird gemeldet, daß ein spanisches Torpedoboote heute früh Dover in westlicher Richtung passirt habe.

Aus New-York wird gemeldet, in allen amerikanischen Küstenschäden herrsche panikartige Furcht vor einer Ueberrumpelung seitens des spanischen Geschwaders. Die Versicherungsprämien für Privatgebäude gegen Bombardementgefahr sind bedeutend erhöht worden.

Die Stimmung in den Vereinigten Staaten scheint überhaupt eine gedrückte zu sein. Einzelne Minister mußten zurücktreten, gegen andere Minister und gegen den früheren Generalkonul auf Kuba, General Lee, werden schwere Vorwürfe erhoben, weil sie das Volk über die Schlagfertigkeit der Amerikaner und über die angebliche Schwäche der spanischen Position auf Kuba getäuscht haben sollen. Der erste Versuch der Amerikaner, auf Kuba zu landen, ist gelungen. Nachdem der Kommandant des amerikanischen Schiffes mit einem Insurgentenführer konferirt hatte, zogen sich die Amerikaner wieder zurück. Die Landung der Amerikaner sollte im Osten der Insel stattfinden, Zeit und Ort seien aber noch nicht festgestellt. Die Landung Roman's auf Kuba, heißt es in der Depesche, zeige, daß die Amerikaner den ersten Schlag gegen Kuba und nicht gegen Puerto Rico zu führen beabsichtigen.

Nach einer spanischen amtlichen Meldung befindet sich das amerikanische Geschwader sich noch vor Havana, aber in großer Entfernung. Ein amerikanisches Schiff näherte sich, wie die Meldung weiter besagt, der Küste und machte den Versuch, eine Freireiter-Expedition zu landen. Das spanische Kanonenboot „Ligero“ griff das Schiff an und zwang es, sich unverrichteter Sache zurückzuziehen.

Marshall Blanco hat alle kriegsfähigen Männer Kubas zu den Waffen gerufen. Die Nachricht, wonach viele Einwohner Havana verlassen und zu den Insurgenten übergehen, soll spanischer Quelle zufolge vollständig unrichtig sein.

In Madrid herrscht die Ueberzeugung, daß wenn ein amerikanisches Expeditionskorps auf Kuba landen sollte, dasselbe vom gelben Fieber ausgerieben werden dürfte und den geschulten spanischen Regimenter nicht Stand halten könnten. Sehr strenge Gesundheitsmaßregeln sind für die amerikanischen Truppen erlassen worden; wenn diese eingehalten werden, dürften sich die Spanier in ihrer Hoffnung auf die Bundesgenossenschaft des gelben Fiebers täuschen.

Den „Daily News“ wird aus Washington von gestern gemeldet, Mac Kinley glaube, Kuba könne durch die Blockade so ausgehungert werden, daß es sich ohne Verhinderung ergeben werde, und er erwarte, daß, wenn dies geschehen sei, die europäischen Mächte unter Führung Großbritanniens Spanien zwingen werden, den Verlust von Kuba anzuerkennen und den Krieg aufzugeben. Die Amerikaner scheinen sich den Krieg doch etwas zu leicht vorzustellen.

Ein besonderer, in Washington abgehaltener Ministerrath hat sich gestern mit der Frage beschäftigt, unverzüglich 2000 Mann auf Kuba landen zu lassen.

Gestern Abend sind 4000 Mann von Chicago nach dem Lager von Springfield abgegangen. Der Gouverneur von Maine hat angeordnet, daß die Streitkräfte dieses Staates am 2. Mai mobil gemacht werden.

Die Konzentration der großkalibrigen Artillerie bei San Francisco hat begonnen; an den Küsten bei San Francisco soll auch ein Patrouillenendienst eingerichtet werden.

New-York. Blättermeldungen aus Key West zufolge ist ein spanisches Transportschiff mit 600 Soldaten an Bord von den Amerikanern weggenommen worden.

Einige Handelschiffe sind wieder gefapert worden. Der Kuba näherten sich spanische und amerikanische Schiffe, ohne aber Schiffe zu wechseln. In Portorico wird eiligst an den Befestigungen gearbeitet. Große Besorgniß scheint man in Spanien um das Schicksal der Philippinen zu haben. Der kommandirende Admiral in Manila meldete telegraphisch, daß er mit dem Geschwader ausgelaufen sei um Aufstellung zu nehmen und den Feind zu erwarten.

Für Sonnabend wird in New-York ein entscheidender Kampf auf den Philippinen erwartet.

Eine Hongkonger Depesche der „Times“ vom Dienstag meldet, daß ungeachtet der amtlichen Ablehnungen die Russen sich thatsächlich noch immer Streifzüge gegen die Städte auf Luzon unternehmen. Das Erscheinen amerikanischer Schiffe werde das Signal zu einem Einfall in Manila sein. Da von Seite der Spanier nur auf schwachen Widerstand gerechnet wird, befürchte man große Gewaltthatigkeiten.

Nach einer amtlichen Depesche aus Manila theilte der Gouverneur von Poilo mit, daß das amerikanische Schiff „Saranac“ von dem spanischen Kanonenboot „El Cano“ aufgebracht und in den dortigen Hafen eingebracht sei. Das Schiff hat eine Ladung von 1640 Tonnen Kohlen an Bord und 13 Mann Besatzung. Das Telegramm fügt hinzu, das amerikanische Geschwader habe sich noch nicht gezeigt, werde aber jeden Augenblick erwartet. Die spanischen Schiffe seien bereit, es zu empfangen.

Zur Finanzlage Spaniens liegen die folgenden Meldungen vor:

Der Finanzminister Puigcerver brachte am Dienstag in der Kammer das sehr gefärbte Budget ein. In demselben sind die Ausgaben auf 865 Millionen und die Einnahmen auf 866 Millionen veranschlagt. Das außerordentliche Budget soll auf zwei Jahre verlängert und die darin geforderten Stellenbewilligungen auf 90 Mill. Pesetas gebracht werden. Ferner beantragt der Minister die Ausgabe von 100 Millionen Schatzbonds unter Garantie der Gruben von Almaden.

Zur Bekämpfung der Kriegsausgaben wird ein besonderer, sechs verschiedene Maßnahmen umfassender Gesetzentwurf eingebracht.

Die sechs Punkte der anlässlich des Krieges eingebrachten Finanzvorlage lauten wie folgt:

1. Ausgabe von Staatsrententiteln oder Schatzobligationen unter Verbürgung durch die allgemeinen Hülfquellen des Staates.
2. Befugniß zur Vermehrung der Ausgabe von Banknoten.
3. Abschluß von Vorschüssen mit den Steuerpacht-Gesellschaften des Staates.
4. Forderung der antizipirten Einzahlung einer Jahresrate der Grund- und Industriesteuer.
5. Ausgabe von Schatzobligationen bis zu einem Betrage, welcher der gegenwärtigen schwappenden Schuld gleichkommt.
6. Umwandlung der Titres der auswärtigen Schuld in solche der inneren Schuld.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Lissabon telegraphirt: Die Wälder melden, die Regierung der Vereinigten Staaten habe der portugiesischen Regierung auszugeben, das Auslaufen des vor Cap Verde liegenden spanischen Geschwaders zu veranlassen, andersfalls Portugal als Verbündeter Spaniens anzusehen sei.

Frankreich und Italien scheinen ganze Geschwader auf den Kriegsschauplatz senden zu wollen.

Der amerikanische Ministerrath beschloß, vor der Kriegserklärung als Prisen aufgebracht Schiffe nicht freizulassen, sondern die Entscheidung des Preisgerichts abzuwarten. Das Staatsdepartement hat allen auswärtigen Regierungen die Kriegserklärung notifizirt und die amerikanischen Vertreter angewiesen, die Ueberreichung der Notifikation darauf hinzuweisen, daß der Kriegszustand seit dem 21. d. M. bestehe.

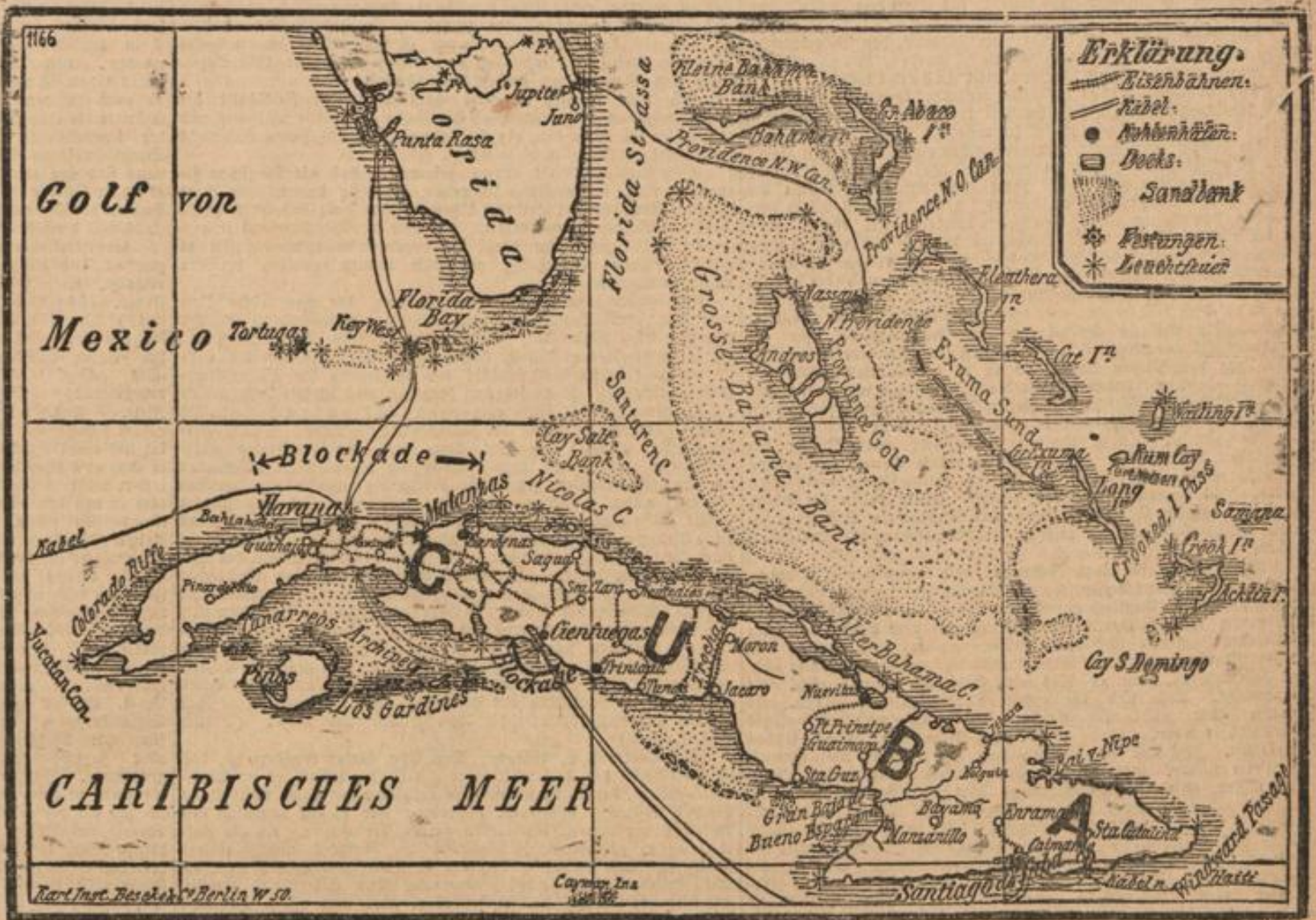
Aus Kingston bei Dublin wird telegraphirt: Die Meldung, der Schnelldampfer „Ireland“ sei hier von den Behörden angehalten worden, ist nicht richtig; obgleich Verhandlungen über den Verkauf stattgefunden haben, ist die „Ireland“ doch noch nicht an die Vereinigten Staaten veräußert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sofia, 27. April. (B. Z. B.) Der Kassationshof hat die Nichtigkeitsbeschwerde Boischew's und Novelsch's abgewiesen.

Das Kriegstheater in Westindien.

Nachdem am 22. April tatsächlich der Krieg zwischen Spanien und Amerika auf dem westindischen Kriegsschauplatz begonnen, bringen wir beistehend eine Kartenskizze desselben, welche alle örtlichen, bei den demnächstigen Operationen in betracht kommenden Angaben enthält.



Reichstag.

76. Sitzung. Mittwoch, 27. April 1898.

Am Bundesrathssitz: Graf Pofadowsky, v. Goltz, Nieberding, v. Thielmann, Tirpitz, v. Soltow.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Nachtragsetats für 1898. Er umfasst Forderungen in Höhe von 7 787 885 M., und zwar von 1 109 280 M. an fortdauernden, von 6 678 605 M. an einmaligen Ausgaben.

Abg. Dr. Lieber (Z.) befragt, mit Rücksicht auf einige Forderungen, den Nachtragsetat der Budgetkommission zu überweisen. Ueber die Finanzierung des Etats muß eine Erklärung von Seiten der Regierung dahin abgegeben werden, daß Aussicht vorhanden sei, die erforderlichen Mehrausgaben aus den eigenen Einnahmen des Reiches zu decken, ohne daß die Ueberweisungen gefürzt und die Reichs-Schuldentilgung aufgeschoben werden.

Was den Nachtragsetat insgesamt anlangt, so vermiße ich vor allem die Forderung für die Besserstellung der Post-Unterbeamten, im speziellen der Landbriefträger; es fehlt vollständig die Berücksichtigung der in diesem Sinne gefaßten Resolution des Reichstages.

Reichs-Schatzsekretär Herr v. Thielmann: Nach den bis jetzt vorliegenden finanziellen Ergebnissen läßt sich annehmen, daß die für Kantschou geforderten 5 Millionen aus den eigenen Einnahmen des Reiches gedeckt werden können.

Abg. Richter (sf. W.): Wie die Dinge gegenwärtig liegen, können wir einer Befestigung unserer Marinestation in Kantschou nicht widersprechen. Nur erscheint mir die geforderte Summe als zu hoch gegriffen, jedenfalls müssen wir uns jetzt erst recht bei anderen Ausgaben für koloniale Zwecke, z. B. Eisenbahnbauten, Beschränkung auferlegen.

Abg. Liebknecht (Soz.): Es besteht offenbar keine Neigung, den Nachtragsetat ausführlich und in die allgemeine Politik eingehend zu besprechen. Ich kann mich aber diesem Wunsche durchaus nicht fügen.

Abg. Liebknecht (Soz.): Es besteht offenbar keine Neigung, den Nachtragsetat ausführlich und in die allgemeine Politik eingehend zu besprechen. Ich kann mich aber diesem Wunsche durchaus nicht fügen.

sich ja tatsächlich sehr viel Leute in Deutschland ein, daß wir damit wirklich etwas anderes hätten, als wie es ein echt deutscher Matrose mit echt deutschem Namen genannt hat: Ein Drecksack! (Große Heiterkeit. Entrüstung rechts.) Na ja, das ist ja ein etwas unparlamentarischer Ausdruck, wie ihn eben ein deutscher Matrose gebrauchen kann. Parlamentarisch hat man von einer Leinwand gesprochen. (Heiterkeit.) Es ist notwendig, daß wir uns vergegenwärtigen, wie wir denn überhaupt zu diesem Kantschou gekommen sind, und da haben wir einen Punkt zu berühren, welcher jeden Deutschen dem Auslande gegenüber schmerzhaft machen muß.

ad oculos, die zweite war Kantschou. Da fährt unsere Flotte mit einem Mann aus, der die eisengepanzerte Faust schüttelein sollte gegen irgend einen unbekanntem geheimnißvollen Feind. Die Schicksale dieses Schiffers mit der gepanzerten Faust an Bord gehören der Komödie, der niedrigsten Sorte der Komödie an (Große Unruhe rechts), sie sind das Gespött der ganzen Welt geworden. (Sehr wahr! links), in einer Weise, daß ich, der ich im Gefängnis vom Lesen der inländischen Presse ziemlich ausgeschlossen war, aber den Genuß der ausländischen Presse hatte, manchmal schamroth wurde. (Schallendes Gelächter rechts.) Lachen Sie nur, Sie „Patrioten!“

Die Flotte ist also, weil jetzt die launische Odyssee mit der eisengepanzerten Faust noch nicht vorüber ist, gelandet; es wird ein kleines Stückchen Land genommen; was soll aus diesem Stückchen werden? Ohne das Hinterland ist ja absolut nichts zu machen. Wozu also war es notwendig, hier Gewalt anzuwenden? Ja so: der deutsche Handel bedarf zu seinem Schutz einer Flotte; und diese bedarf natürlich auch solcher Stationen, wie sie in Kantschou benachbart sind. Aber der deutsche Handel hat sich ja kolossal entwickelt ohne irgendwelche marinistischen Unternehmungen. Und Frankreich ist trotz der bedeutenden Entwicklung seiner Flotte in seinem Handel zurückgeblieben hinter Deutschland, das keine Flotte gehabt hat.

Daß ein Zug zur Kolonialpolitik in der modernen Gesellschaft liegt, kann nicht geleugnet werden; nachdem der Kapitalismus die Länder, in denen er geberrscht, ausgeraubt hat, muß er seine Raubereien weiter ausdehnen. (Lachen rechts; Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Fürst Bismarck als gedorsamter Diener der Kapitalistenklasse, die ihm ja dafür auch sehr wesentliche Dienste geleistet hat, verlor es erst mit Samoa, dann in Afrika. Beides gereicht dem deutschen Namen nicht zur Ehre. Jetzt verliert man es mit China; das war ein größeres, ein zivilisiertes Afrika, und nach dem Frieden von Schimonoseki war der Gedanke von der Auftheilung Chinas aufgetaucht. Danals vollzog sich eine Samenung in der deutschen Politik.

Mannes mit der gepanzerten Faust und der Zirkus-Pelleme, wie sie im Kieler Hafen gemacht worden ist. (Große anhaltende Unruhe; das folgende zum Theil unverständlich; Glocke des Präsidenten, der den Redner unterbricht.)

Präsident v. Vnol: Ich muß diese Bezeichnung, die sich auf die Vorgänge im Kieler Hafen bezieht, als ungebührlich zurückweisen und rufe den Redner deshalb zur Ordnung.

Abg. Liebknecht (sozialisirend): Der Redner, den ich gebraucht, ist in hunderten von Zeitungen gebraucht worden, und ich glaube: kein Mann in Deutschland, der ihn nicht gedacht hätte.

Dass Deutschland nicht gefährlich werden könnte, wußte man nach dem tragikomischen Schicksal des berühmten Admiralschiffes. Nun ist Deutschland dort; da kommen die Russen, bemächtigen sich der beiden festen Punkte; sie versprechen zwar, die beiden Häfen nicht zu geschlossenen Häfen zu machen; aber man weiß ja, was russische Versprechungen sind. Nach dem Krimkriege hatten die Russen auch vertragsmäßig versprochen, heilig, dreimal heilig versprochen, daß Batum ein offener Hafen bleiben sollte. Konnte haben sie die nötige Macht, wird Batum geschlossen und wird Kriegs-hafen. Und heute haben die Russen ihr Versprechen gebrochen: Port Arthur ist bereits ein geschlossener Hafen, und der andere Hafen wird unter allen Umständen ebenfalls geschlossen werden. Da ist es doch sehr naiv, auf derartige Versprechungen etwas zu geben. Die russische Politik ist eine Eroberungspolitik, für ein Barbarenvolk wie Rußland ist ein Krieg natürlich eine Kleinigkeit. Was liegt dem Russen daran, ob er in seinem Vaterlande verhungert — und wir haben ja dort die Hungersnoth in einem Bezirk von 16 Millionen Menschen, in diesem Ideal von Lande für gewisse Parteien in Deutschland — oder ob er im Kriege ist!

Ein zivilisiertes Volk beginnt nicht leicht einen Krieg; die Engländer werden sich nicht leicht zu einem Kriege entschließen (Juruse rechts), und wenn sie sich zu einem Kriege entschließen haben, dann werden Sie etwas erleben. Heute stehen die Dinge schon so, daß die Engländer durch ihre Stellung in Weltweite sowohl die deutsche wie die russische Macht vollständig in der Hand haben.

Wir könnten in einem Jahrzehnt und wenn wir alles daran setzen, keine Flotte schaffen, wie sie England jetzt hat und außerdem müßten wir die Engländer während dieser Zeit einschläfern. Der Vorsprung wird bleiben. Jetzt beginnt auf dem Gebiet des Semimilitarismus genau dieselbe Schraube, wie auf dem Gebiete des Landmilitarismus. Eine Nation treibt die andere. England aber hat den Vorteil, daß es bloß eine Seemacht ist und nicht eine Landmacht. Wir sind die größte Landmacht auf Erden, wir können aber nicht zu gleicher Zeit auch noch die größte Seemacht werden. Das heißt die Kerze auf beiden Enden anzünden. Jetzt sind wir in Kriantchow, da heißt es, man ist noch nicht im Stande, einen genauen Ausgabeplan zu entwerfen. Nun, wir wissen, es werden Befestigungen dort geschaffen und viel Geld wird verpulvert werden. Was wird an den fünf Millionen, die jetzt gefordert werden, noch alles hängen? Wir haben hier das dünne Ende des Keils, das diese Ende kommt nach. Worauf basiert der ganze jegige Lärm in Asien und anderswo? Da ist ein neues Wort gekommen, das heißt Weltpolitik. Was bedeutet es? Ich habe immer gesagt, daß Deutschland eine wirkliche Weltmacht ist, Weltpolitik aber bedeutet eine Politik, die sich eigentlich in alles, was in der ganzen übrigen Welt vorgeht, einmischt, eine Politik, die sich einbildet, daß Deutschland der Weltgendarm sein soll, der überall dafür sorgen will, daß der deutsche Einfluß gewahrt wird. Ja, der Gedanke mag ja recht schön sein, aber er ist außerordentlich thöricht, denn es fehlt dazu die nötige Macht. Man hat uns hier erzählt, daß seit Anfang dieses Jahrhunderts 20 Millionen Deutsche ausgewandert sind. Ja, warum sind sie dem deutschen Vaterlande verloren gegangen? Warum sind seit 1848 allein 500 Millionen Deutsche ausgewandert? Weil die politischen Zustände in Deutschland den Deutschen das deutsche Vaterland verhaßt gemacht haben. (Lebhafte Widersprüche rechts. Bravo! bei den Sozialdem.) Erst die Reaktion nach 1848, dann das Sozialistengesetz und die Erbärmlichkeit der ganzen Zustände. Ich war 1888 in Amerika, da habe ich großen Versammlungen von Deutschen mit beigewohnt, die, wenn man sie fragte, warum sie ausgewandert seien, antworteten: Wegen des Schandgesetzes, des Sozialistengesetzes! Es hat die Arbeiter geächtet und einen Theil unserer besten Arbeiter zu den Amerikanern getrieben, wo sie unter vernünftigeren Kapitalisten Konkurrenz gegen die heimische Industrie machten. (Oho! rechts.) Und weswegen eine zweite Kategorie Deutscher nach Amerika gegangen ist, das ist der Militärdienst. Die einen sind der Kasernen entflohen, die anderen dem politischen Zuchthaus. Ja, sorgen Sie dafür, daß Deutschland keine Kasernen und kein Zuchthaus mehr ist, dann wird die Auswanderung aufhören. Wenn Deutschland große Politik treiben wollte für wirklich nationale und menschliche Zwecke, es hätte wahrhaftig reichlich Gelegenheit dazu! Wären Sie nach Oesterreich. 1896 warfen wir Oesterreich aus Deutschland hinaus, weil die Dynastie der Habsburger sich nicht mit der Dynastie der Hohenzollern vertragen konnte; da hieß es: das ist im Interesse der deutschen Nationalität und Einheit. Was ist jetzt aus der deutschen Nationalität in Oesterreich geworden? Man wird dort geprügelt und ist in Gefahr todtgeschlagen zu werden in den meisten der slavischen Staaten, selbst in denen, die früher zum deutschen Bunde gehört haben. Das ist eine Folge der Politik, welche die nationalen Interessen den dynastischen hintangeseht hat. Heute droht die orientalische Frage. Wären wir wirklich Staatsmänner in Deutschland gehabt, hätten wir die besten Kräfte der Nation statt nach Amerika getrieben, an die Donau geschickt, so hätten die das alle Oesterreich zivilisiert und wir hätten jetzt das leitende Wort in Konstantinopel zu sprechen. Kürzlich sagte man, daß wir im europäischen Konzert die Fäden ruhig hinlegen würden. Deutschland hat jetzt ja auch in Kreta die Fäden ruhig hingeworfen. Welche Ehre aber haben wir dort erworben? Wir haben das Land in größerer Verwirrung zurückgelassen, als es in dem Momente war, wo unser Schiff hinkam. Wir haben uns an einer großartigen Blamage betheiligt und haben die ganze Schande und Lächerlichkeit der diplomatischen Komödie, die dort gespielt wurde, mit auf Deutschland geladen. Und wenn es über kurz oder lang zu einem Zusammenstoß zwischen England und Rußland kommt, welche Rolle wird Deutschland spielen? Soll Deutschland, dies Kulturland, im Schlepptau von Rußland sein, wie bisher, wie man lieber mehr und mehr es will? Dagegen wird das deutsche Volk protestieren. Wenn man dem deutschen Volke ein A für ein U macht und durch Abenteuer im Auslande den Blick abzuwenden sucht von dem Elend im Inlande — das ist ein Despotentum, aber keine Staatsmannschaft. Statt auf soziale Gebiete voranzugehen, wird überall die gepanzerte Faust erhoben, auch in dem Gelas des Herrn v. Posadowsky, und dem Volke entgegengehalten, wo es seine Rechte fordert. Eine Regierung, die durch äußere Erfolge den inneren Bankrott, ihre innere Unfähigkeit zu verdecken sucht, stellt sich selbst das Armuthszeugniß aus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe.) Gegen diese Politik, gegen den ganzen Kolonial- und Kolonialgeschwindel (Große Unruhe rechts.) protestieren wir. Nach den Wahlen werden wir uns sprechen. Bei den Wahlen wird sich zeigen, ob das deutsche Volk für Ihre Politik, oder für die unsere ist, die die Reform im Innern und Freiheit und Gerechtigkeit will. Dann wird sich zeigen, wer in den Augen des Volkes am meisten die Interessen Deutschlands gewahrt hat, wir oder Sie, wer sein Vaterland am meisten liebt, wir oder Sie! (Unruhe rechts. Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Was das von dem Abgeordneten Liebknecht erwähnte Schreiben anlangt, so habe ich es dem Minister des Innern überwiesen; derselbe wird, falls ein Versehen vorliegt, Wandel schaffen.

Der Abg. Liebknecht hat davon gesprochen, daß der Kapitalismus Deutschland bereits vollständig ausgeraubt habe und sich nun nach anderen Raubobjekten umsehe. Ich bewundere den Mut des Herrn Abgeordneten, wie er so von der Gewaltpolitik sprechen kann; er spricht ja damit gegen seine eigene Partei; da hat ein Herr W. Liebknecht in der „Kosmopolis“ einen Artikel veröffentlicht, überschrieben „Zukunftstaatliches“. Da heißt es:

Die von Herrn Krupp beschäftigten Samledemeister zur Sozialdemokratie zu bringen, das wäre wohl sehr schwierig. Aber um den ganzen Betrieb sozialistisch zu gestalten, dazu genügt eine Unterhaltung von 2 Minuten. (Abg. Liebknecht: Das ist doch sehr gemüthlich! Heiterkeit und Bravo!) Also: um einem Unternehmer das zu nehmen, was seine und seiner Vorfahren Intelligenz und Arbeitsamkeit erworben, dazu genügt ein einziges Nachwort. Und der das will, der spricht noch gegen Gewalt. Das ist ein hohes Maß von Raveität. Und dann noch weiter zu sagen: Wir Sozialisten sind tolerant; wir wollen keine Gewalt!

Ich habe kürzlich in einer christlich-sozialen Zeitschrift die Frage aufgeworfen gefunden, ob die Sozialdemokratie national und patriotisch sei. Für den, der die heutige Rede des Herrn Liebknecht gehört hat, erledigt sich diese Frage.

Herr Liebknecht hat davon gesprochen, daß die Deutschen gezwungen sind, ins Ausland zu gehen, weil sie dort besseres Brot finden. Aber die militärischen Visten weisen aus, daß eine große Zahl ins Ausland gewandert ist, um sich der Militärpflicht zu entziehen. Diese gebrauchten dann die bequemere Ausrede, daß sie es im Vaterlande nicht haben aushalten können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Es giebt immer noch eine Gruppe, die von einer Umwandlung der Sozialdemokratie in eine Reformpartei spricht. (Juruse: Eine Wahlrede!) Nein, meine Herren, keine Wahlrede. Ich finde hier einen Ausfall, der davon spricht, daß nur die vollständig reaktionäre Sozialpolitik der Regierung die Sozialdemokratie verbinde, ihr zu folgen. Zunächst muß ich die Insinuation zurückweisen, daß die Regierung eine reaktionäre Sozialpolitik befolgt. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie würde eben nur dann mit der Regierung übereinstimmen, wenn diese sozialdemokratisch wäre. Das Mißtrauen der Sozialdemokraten gegen die Regierung würde nur weichen können, wenn die Regierung die herrschende Ordnung stützen wollte. Von einer wirklichen Mauerung der Sozialdemokratie kann keine Rede sein. Hören Sie nur die Worte, die Herr Liebknecht in einer Versammlung gesprochen. Er sagte da unter Beifall der Anwesenden: Wir ändern unsere Taktik, unsere Mittel, aber wir bleiben was wir sind: wir sind eine revolutionäre Partei, unser Endziel bleibt dasselbe. (Stürmisches Bravo! und Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Sie wollen also bleiben, was Sie waren. Ich hoffe, daß auch die anderen Parteien sich das gesagt sein lassen werden, daß sie trotz aller Verschiedenheiten doch zusammenhalten werden gegen die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten bleiben die unversöhnlichen Feinde unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Ihr Ziel ist die Arbeiterdespotie, und diese wollen wir nicht! (Großer Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Bülow: Dem Abg. Lieber erwidere ich, daß ich gern bereit bin, das Abkommen mit China, sobald es im Wortlaut vorliegt, der Budgetkommission mitzutheilen. Eine Aufhebung Chinas soll von uns nicht ausgehen; wir wollen nur nicht den Anschluß verweigern, den letzten heißen die Hunde. In die Aufhebung in absehbarer Zeit glaube ich übrigens nicht. Unsere strategische und politische Position in Kriantchow erlaubt uns, die Entwicklung der Dinge ruhig abzuwarten. Den Störenfried werden wir nirgends spielen, das Nischenbrödel aber auch nicht. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soj.): Der Einfall Deutschlands in China war doch ganz etwas anderes als ein Zeichen der besonderen Friedensliebe Deutschlands. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach meiner festen Ueberzeugung ist übrigens nichts geeigneter, unsere Aktionsfähigkeit in Europa zu schwächen, als die Position, die wir neuerdings in China gewonnen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn sobald es zum Kriege gegen Frankreich und Rußland kommen sollte, wäre unsere asiatische Position vollkommen in Händen Rußlands und damit alle unsere Aufwendungen für dieselbe umsonst gewesen. — Ich wollte eigentlich auf einige Neuierungen des Herrn Staatssekretärs v. Posadowsky eingehen. Er hat mit einer Erregung und einem Eifer gesprochen, als sagte er hier das neueste und unbekannteste von der Welt, indem er darzulegen versuchte, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen die alte Sozialdemokratie bleiben werde. Wir haben jedoch jederzeit, auch unter dem Sozialistengesetz gesagt: machen Sie, was Sie wollen, wir bleiben, was wir sind. — Der Herr Staatssekretär hat nun einen Appell gerichtet an die bürgerlichen Parteien zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie im bevorstehenden Wahlkampfe. Mögen Sie das doch thun, im Königreich Sachsen haben wir es ja seit geraumer Zeit nicht zu unserem Schaden erfahren. Wenn von den 23 Mandatorten gebären infolge dessen bereits uns. Was uns in der heutigen Gesellschaft immer mehr Boden gewährt, das ist, daß die breite Masse des Volkes immer mehr die Ueberzeugung gewinnt, daß es in der That nur eine Partei giebt, die im Reichstage wirklich für die Rechte des Volkes eintritt, die Sozialdemokratie. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wären wir nicht, so würde über eine Menge von Uebelständen der Schleier gedeckt werden. Dazu kommt noch, daß die Herren von der Regierung die einfachsten Rechte der arbeitenden Klassen auch noch auf alle mögliche Weise beschneiden. Der Herr Staatssekretär fragt, wo denn die Regierung eigentlich die Reaktion beabsichtigt? Ich erinnere ihn nur an die Debatten, die erst im Laufe voriger Woche im Abgeordnetenhaus über die Freizügigkeit stattgefunden haben. (Sehr wahr! links.) Ich erinnere an das unglückliche Versprechen, das der Herr Minister für Landwirthschaft im Namen der Regierung dort abgegeben hat. (Sehr gut! links.) Ich erinnere an die geradezu unglücklichen Verordnungen des Herrn Arbeitsministers, der bestimmt, daß fremde Arbeiter zu guten Löhnen Staatsarbeit verrichten dürfen, die eigenen einheimischen Arbeiter aber von diesen Arbeiten ferngehalten werden, damit die Agrarier sie mit Hungerlöhnen beschäftigen können. Diese Thaten werden in die allerverlorensten Winkel Ostpreußens hinein bei den nächsten Wahlen ihre Wirkung ausüben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere weiter an die ganze Art und Weise wie das Vereins- und Versammlungsrecht in Preußen gehandhabt wird! Glauben Sie, das müßte nicht überall, wo die Arbeiter das erfahren, sie in hellen Flammen in unsere Reihen drängen? Mit einer Politik, die in allen übrigen Kulturstaaten Europa's von der ungeheuren Mehrzahl der Nation und der Volkserziehung auf das allerentschiedenste zurückgewiesen würde, züchten Sie die Sozialdemokratie groß, Sie sind es, die der Sozialdemokratie Hunderttausende und Millionen zuführen! (Bewegung rechts.) Und dann meine Herren der Koalitionserläß! Wir haben gerade genug darüber gesprochen, und ich brauche jetzt nicht darauf zurückzukommen. Ferner ist aus den verschiedenen Lagern der bürgerlichen Parteien mit der wünschenswerthsten Deutlichkeit das Geflüste hervorgetreten, zu der Befestigung des allgemeinen, geheimen, direkten Wahlrechts. Die Vorkühler, die auf der Landesversammlung der konservativen Partei der sächsischen Regierung gependet wurden, daß sie den sächsischen Arbeitern das Wahlrecht genommen hätte, verriethen, wie Sie den Arbeitern gegenüber denken, wie Sie das letzte bürgerliche Freiheit und Recht, was die Arbeiter noch haben, ihnen nehmen wollen, wie es Ihre Sehnsucht ist, die Arbeiter wieder zu Heloten zu machen, sie wieder an die Scholle zu fesseln. Das alles trägt in ganz besonderer Weise dazu bei, der Sozialdemokratie Oberwasser an ihre Mäulen zu liefern. Gegenüber diesen Thatsachen werden Sie mit allen übrigen Anschuldigungen gegenüber der Sozialdemokratie ungeheuer wenig Beifall und Glauben bei den Arbeitern finden.

Was wir in Zukunft erstreben wollen, wenn wir auf legalem Wege die Macht errungen haben — auf dem Wege der Agitation, der Volksaufklärung — daraus haben wir niemals ein Hehl gemacht, da braucht Herr Posadowsky nur das Programm der sozialdemokratischen Partei in Millionen von Exemplaren im Deutschen Reich zu verbreiten, um auch dem letzten Arbeiter zu sagen, was die Sozialdemokratie will. Wenn Herr Posadowsky unsere Bestrebungen kennt, könnte er gar nicht solche Reden halten, wie bisher. Er meint: wir wollen die Besitzenden aus ihrem Besitze treiben. Nein, Herr Graf, das brauchen wir nicht, dafür sorgt die heutige kapitalistische Entwicklung! Was hat

denn die Bauernbewegung, die Handwerker, die antisemitische Bewegung ins Leben gerufen? Doch nicht die Sozialdemokratie. Nein, die Erkenntnis, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise mit Notwendigkeit das Eigentum des kleinen Mannes mehr und mehr vernichtet, expropriert wird. Wir haben eines Tages nicht mehr den Kleinen ihr Eigentum zu nehmen, sondern nur dafür zu sorgen, daß die Großen, die das Eigentum des Kleinen genommen haben, eines Tages expropriert werden, daß man die Kleinen wieder in ihr Eigentum zurückbringt. Das ist es, was die Sozialdemokratie will und wofür sie auch in den weitesten Kreisen der Handwerker, Bauern und Arbeiter die lebhafteste Sympathie findet. Sorgen Sie dafür, daß die kapitalistische Entwicklung aufhört, dann werden Sie die Sozialdemokratie los, nicht eher. Können Sie es fertig bringen, dann sind Sie gerettet. Können Sie es aber nicht — und Sie sind es außer Stande — dann sind Sie eines Tages mit Haut und Haaren der Sozialdemokratie verfallen, mögen Sie wollen oder nicht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe nie daran gezweifelt, daß die Sozialdemokratie ihre alten revolutionären Ziele verfolgt. Seit Jahrzehnten beschäftige ich mich mit der sozialen Frage. (Abg. Bebel: Aber mit sehr geringem Erfolge. Heiterkeit links.) Der Abg. Bebel hat auf das Wahlprogramm seiner Partei hingewiesen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Partei programm.) In einem Wahlprogramm wird den Wählern eben nicht alles gesagt. (Auf bei den Sozialdemokraten: Partei programm!) Die Sozialdemokratie verfolgt revolutionäre Ziele. Das mögen sich alle Besitzenden und Kapitalisten gefaßt sein lassen. Im „Vorwärts“ hat Herr Dr. Conrad Schmidt kürzlich einen Artikel über „Endziel und Bewegung“ veröffentlicht, in dem er nachzuweisen sucht, daß die Eigentümer des Kapitals immer mehr in die Rolle des Verwalters gedrängt würden und in dem er von den durch den Gang der Entwicklung würde gemachten Kapitalisten spricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Artikel läßt einen tiefen Blick in die sozialdemokratische Taktik thun. Man macht die kapitalistischen Klassen erst müde und hält dann Rücksprache binnen zwei Minuten mit ihnen. (Sehr richtig rechts.) Ich habe mich in meiner ersten Rede nur gewandt an die bürgerlichen Optimisten, die uns immer von der Mauerung der Sozialdemokratie vorerzählen, wogegen die Sozialdemokraten aufs schärfste protestieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, bei diesen Optimisten ist das Befallsbedürfnis bei den Massen größer als ihre politische Einsicht. Noch ein ernstes Wort an Herrn Bebel. Er hat gesagt: Nun können wir ganz sicher ein neues Sozialistengesetz erwarten. Ich glaube ja, daß ihm das für die Wahlen ein Zugmittel wäre. Ich kann ihm aber sagen, ein solches Gesetz ist nicht in Aussicht genommen. Ich will ihm auch sagen, warum. Ich würde es für einen politisch sehr bedeutenden Schritt halten, den bürgerlichen Klassen ein polizeiliches Schutzmittel in dieser Art zu geben. Die bürgerlichen Klassen würden sich dabei beruhigen und sich darauf berufen, daß ja schon die Regierung den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt. Ich bin der Ueberzeugung, daß sich in den bürgerlichen Klassen Deutschlands immer mehr die Ueberzeugung beseitigen muß, der Kampf, den die Regierung mit der Sozialdemokratie führt, ist kein Knecht zwischen der Regierung und dieser Partei, sondern ein Kampf, den die bürgerlichen Klassen mit der Regierung und an der Seite der Regierung führen müssen. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) In den bürgerlichen Klassen muß das Gefühl erweckt werden, wie gefährlich die sozialdemokratische Bewegung ist und daß es ihre Pflicht der Nothwehr und der Selbstvertheidigung ist, die Regierung in dem Kampfe gegen die revolutionären Tendenzen der Sozialdemokratie zu unterstützen. Bei dem Wahlrecht, wie es in Deutschland besteht, ist es kein Wunder, daß sich eine Partei gebildet hat, die die Partei der Arbeiter ist. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang. Wenn infolge des allgemeinen Wahlrechts ein größeres Verständnis für die Lage der Arbeiter sich herausgebildet hat und mehr für die arbeitende Klasse geschieht, so ist das eine verdienstvolle Folge des allgemeinen Wahlrechts gegenüber den bedeutenden moralischen Folgen dieses Wahlrechts. Wenn die bestehenden Klassen den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit Erfolg führen wollen, dann werden sie auch zu Opfern bereit sein müssen. Mehr denn je müssen sie darauf achten, die arbeitende Klasse billig und gerecht zu behandeln. Das höchste Gut eines Volkes ist nicht die Dividende und nicht der Reinertrag. Die Deutschen sind früher die Nation der Denker und Träumer genannt worden: ich wünschte, daß idealen Gesichtspunkten mehr Verständnis entgegengebracht würde. Alle revolutionären Tendenzen der Sozialdemokratie werden wir mit größter Energie bekämpfen, Mißstände aber will ich, so weit sie sich in dieser unvollkommenen Welt beseitigen lassen, gern beseitigen. Ich will alles dazu thun! (Auf bei den Sozialdemokraten: Donnerwetter! Heiterkeit.) So hat der Abgeordnete Legien kürzlich hier über Mißstände im Baugewerbe berichtet. In der Hauptsache waren seine Angaben richtig, nur in einigen nebensächlichen Punkten hat er sich geirrt. Ich habe jetzt schon Schritte gethan, um die Mißstände, die im Baugewerbe unzulässig herrschen, zu beseitigen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Haltung der Regierung gegen die Sozialdemokratie ist nicht immer von der Energie, wie ich sie wünsche und wie sie zu den Zeiten des Fürsten Bismarck war. Nirgends geht es den arbeitenden Klassen so gut wie in Deutschland. Nur einer Klasse geht es schlecht, das sind die, die von den Herren da drüben abhängen; sie sind durchaus unfrei. Sobald ein Arbeiter der Sozialdemokratie verfallen ist, muß er Streikgelder zahlen, darf nicht kaufen und arbeiten, wo er will, die ewige Heilquelle des Christenthums wird ihnen verschüttet. Darin liegt der Fehlschritt der Sozialdemokratie, aber auch ihr Untergang; denn das Christenthum ist ewig und wird die Sozialdemokratie besiegen.

Redner theilt einen Brief des Abg. Schulz-Lupitz mit, der den Wunsch enthält, daß die biologische Station nicht in Berlin errichtet wird, weil dort die Luft ungesund sei.

Abg. Prof. Förker (Nittl.) polemisiert gegen den Abg. Liebknecht, der gegen andere Parteien Beschimpfungen ausgeübt habe.

Vizepräsident Schmidt: Es geht nicht an, daß Sie die Rede eines Abgeordneten beschimpfen nennen. Ob Beschimpfungen vorliegen, das zu entscheiden, ist Sache des Präsidenten.

Abg. Förker: Dann wollte ich den Präsidenten nachträglich darauf aufmerksam machen. Wir treiben nicht Kolonialschwundel, wie der Abgeordnete Liebknecht gemeint, sondern sind eheliche Männer, die freilich von Liebknechtseligkeit gegen die Masse nichts wissen wollen.

Abg. Bebel (Soj.): Ich will den Herrn Vorredner nur an das Urtheil erinnern, das er über seine eigene Partei gefällt hat, als er aus der Fraktion austrat. Eine Partei von 15 Mann, die in fünf Richtungen zerfällt (Heiterkeit), ist nicht gerade vorbildlich. Die Antisemiten repräsentieren das reaktionäre, wir das revolutionäre Element in der Gesellschaft, insofern als wir die Umgestaltung der Dinge von Grund aus wollen. Unser Kampf richtet sich natürlich auch gegen den jüdischen Kapitalismus. (Hört! hört!)

Herr v. Kardorff meinte, die Regierung gebe gegen uns nicht mit der nötigen Energie vor; er kann es heute noch nicht verwinden, daß das Sozialistengesetz gefallen ist. Aber wenn er meint, wir hätten kein Recht, uns hier als Vertreter der Arbeiter zu betrachten, dann hätte er ja als Ausschiktsratsmitglied der oberständlichen Instanzen die beste Gelegenheit zu beweisen, daß er ein warmer Freund der Arbeiter ist. Denn wenn es eine Arbeiterklasse giebt, die in erbärmlichen, menschenunwürdigen Zuständen sich befindet, dann ist es die Arbeiterschaft der oberständlichen Instanzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Gleichwohl hat es der Ausschiktsrats und das Direktorium dieser Aktiengesellschaft verstanden, aus diesen armen, elenden, erbärmlich bezahlten Arbeitern so viele Hunderttausende herauszupressen, daß auch auf die Person des Abg. v. Kardorff im vorigen Jahre einen Entschuldigungslohn von 27 000 Mark entfallen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine: wer in einer solchen ausbeuterischen Stellung einer so armen geplagten Arbeiterschaft gegenübersteht, sollte sich wahrhaftig hier nicht zum Richter über die Sozialdemokratie aufwerfen. Wenn

Parlamentarisches.

vom Osten Deutschlands, insbesondere auch aus Oberschlesien, alljährlich 60-80 000 Leute als Sachfänger auswandern, so ist doch wirklich daran nicht die Sozialdemokratie schuld; hätte die Sozialdemokratie da mehr Einfluss, so hätte sie die Arbeiter dort im Gegentheil aufgefordert, sich zu organisieren und sich Lebensbedingungen zu erkämpfen, die sie an die Heimat fesselten. Die jetzige Auswanderung beweist eben nur, daß das christliche Arbeitgebertum kalten Blutes zusieht, wie diese Leute aufs äußerste ausgedehnt und zum tiefsten Elend herabgedrückt werden. Hier ist ein Feld sozialreformatorischer Thätigkeit, Herr v. Kardorff! (Sehr richtig!) Vergessen Sie doch nicht, daß niemand größere Machtmittel gegen die Sozialdemokratie hat wie Sie; Sie haben den ganzen Reich auf Ihrer Seite. Sie haben mit wenigen Ausnahmen die sogenannten gebildeten Kreise, Sie haben die Schule, die Kirche, die ganze Gewalt. Und wenn trotz alledem der sozialistische Gedanke in immer weiteren Kreisen der Bevölkerung platzgreift, dann sollten Sie sich doch vor sich selbst Rechenschaft ablegen, woher das kommt. Würden wir in unsern Reden nicht würde Punkte am Gesellschaftskörper berühren, dann würden wir niemals den Boden haben gewinnen können, den wir gewonnen haben und immer mehr gewinnen werden. Die ersten Ausführungen des Grafen Posadowsky klangen mit seinen Schlussfolgerungen in einem gewissen Widerspruch. Am Eingange seiner Rede proklamierte er da den Klassenstaat in der reinsten Form. (Sehr wahr! links.) Da war die Regierung nicht weiter, als der Verwaltungsausschuss der herrschenden Klassen. Da hatte der Staat keine weitere Aufgabe, als für die Unternehmungsklassen einzutreten und für sie zu sorgen. Im zweiten Theile Ihrer Rede haben Sie allerdings, das erkenne ich an — gerecht, wie wir immer sind — sich veranlaßt gesehen, auch den Herren Kapitalisten etwas ins Gewissen zu reden. Das war sehr schön und gut und auch sehr notwendig. Ganz besonders habe ich es begrüßt, daß er die Beschwerden, die mein Genosse Legien hier über die Lage der Arbeiter im Baugewerbe angeführt hat, in der Hauptsache als durchaus berechtigt anerkannt hat. Ja, Herr Graf, wenn Sie bereit sind, all die Beschwerden, die von unserer Seite laut werden, gleich objektiv zu prüfen, und wenn Sie Ihre Berechtigung anerkennen, für Abstellung sorgen, dann thun Sie weit mehr für die Erhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, als durch alle sonstige Bekämpfung der Sozialdemokratie, als wenn Sie sich als Champion dieser Gesellschaft gegen uns aufspielen. Und weiter haben wir aus den Worten des Grafen Posadowsky die Ueberzeugung geschöpft, daß es notwendig ist, daß im nächsten Reichstag noch viel mehr Sozialdemokraten sitzen, damit die Arbeiter um so größere Aussicht haben, auf die Abhilfe ihrer berechtigten Beschwerden rechnen zu können. Ich habe auch mit Genugthuung begrüßt, daß Graf Posadowsky erklärte, die Regierung habe keine Neigung, sich zum polizeilichen Schutzhilf der herrschenden Gesellschaft herzugeben. Daß die herrschende Gesellschaft ihren Bestand verteidigt, nehmen wir durchaus nicht übel, daß aber die andern, die sich durch die Bevorrechtigung der einen in ihrer Position geschädigt fühlen, sich auf die Dauer das nicht gefallen lassen, ist auch sehr natürlich und gerecht. Gibt man uns also freie Bahn, gleiche Rechte mit den übrigen bürgerlichen Parteien, läßt man es einfach auf einen Meinungskampf ankommen, gut, dann sind wir mit dieser Art des Kampfes vollständig zufrieden. Mehr verlangen wir nicht, als daß Luft und Licht für beide Theile gleich vertheilt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Förster (Antis.): Die Heilung des Volkstörpers ist nicht nur auf dem kollektivistischen Wege möglich, den die Sozialdemokratie empfiehlt, sondern auch auf dem Wege friedlicher Sozialreform, den wir für den richtigen halten.

Damit schließt die Diskussion.
Die Vorlage wird darauf der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zur Konkursordnung in Verbindung mit der zweiten Beratung der von dem Abg. Rintelen und Genossen eingebrachten Novelle zur Konkursordnung.

Abg. Rintelen (Z.) empfiehlt en bloc Annahme der Vorlage. Es erfolgt kein Widerspruch, die Vorlage wird darauf en bloc angenommen. (Bravo.)

Es erfolgt die zweite Beratung des Antrages v. Salisch und Genossen (L) auf Veränderung der Bestimmung der Strafprozessordnung und der Zivilprozessordnung über die Vertheidigung.

Abg. Stadthagen (Soz.) wünscht Verzögerung, da noch verschiedene namentliche Abstimungen bei diesen Anträgen vorzunehmen seien und diese doch die Beschlussfähigkeit des Hauses ergeben würden.

Vizepräsident Schmidt: Dieser Antrag bedarf der Unterstützung. Bei der Geschäftsfrage des Hauses werden Sie mir aber zugeben, daß es sich nicht empfiehlt, einen Tag zu verlieren.

Nach langer Geschäftsordnungs-Debatte zieht schließlich Abg. Stadthagen seinen Antrag zurück und der Anregung des Abg. Rintelen (Z.) zufolge beginnt die Beratung mit § 348.

Die §§ 348-442 werden debattiert angenommen.
In § 443 liegt der Antrag Rintelen vor, den Paragraphen wie folgt zu fassen:

Der Eid beginnt mit den Worten: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und schließt mit den Worten: „So wahr mir Gott helfe.“ — Dem Schwörenden ist gestattet, den Schlussworten der Eidesformel eine seinem Glaubensbekenntnis entsprechende Bekräftigung hinzuzufügen.

Staatssekretär v. Niederding wendet sich gegen diesen Antrag. Mißstände bei der jetzt geltenden Art der Eidesleistung hätten sich nicht ergeben, die jetzige Form, die das Projekt vorschreibe, sei zu allen Zeiten der christlichen Aera maßgebend gewesen.

Abg. Verth (fr. Vp.) hält ebenfalls den Antrag für überflüssig.
Abg. Zaban (Z.) macht darauf aufmerksam, daß auch beim Fahnenwid der Soldat konfessionell vereidigt werde. Deshalb sei diese Forderung auch für den Zivilprozess berechtigt.

Abg. Salisch (L.) bemerkt, daß der Herr Staatssekretär in der Kommission erklärt habe, konfessionelle Zusätze könnten auch in Zukunft gestattet sein. Da nun ein besonderer Antrag in diesem Sinne vorliegt, werde er auch für ihn stimmen, da man glauben könnte, daß nach Ablehnung desselben etwas an dem geltenden Recht geändert sei.

Staatssekretär Niederding bemerkt dem gegenüber, daß ein Novum durch Ablehnung des Antrages Rintelen nicht geschaffen werde; konfessionelle Zusätze würden auch in Zukunft zugelassen werden.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Vp.) befürwortet ebenfalls den Antrag Rintelen.

Abg. Rintelen befürwortet nochmals dringend seinen Antrag und betont, daß es sich vor allem um eine Gleichstellung mit der betreffenden Bestimmung in der Militär-Strafprozess-Ordung handele.

Staatssekretär Niederding befreit, daß aus der Ablehnung des Antrages Rintelen mit Nothwendigkeit eine Aenderung des betr. Paragraphen in der Militärprozessordnung folge und betonte nochmals ausdrücklich, daß eine Aenderung in dem bestehenden Recht durch Ablehnung der Anträge Rintelen nicht entstehe.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich bin schon gegen den Antrag Rintelen im Interesse aller derjenigen, die auch das nicht glauben, was in der Eröffnungsformel enthalten ist. Ich behalte mir vor, beim § 341 darauf zurückzukommen. Schließlich möchte ich doch überhaupt der Meinung entgegenzutreten, daß ein Staatsbürger nur dann die Wahrheit rede, wenn er sie mit religiösen Wendungen bekräftigt. (Sehr richtig! links.)

Ein Vertragungsantrag wird darauf angenommen.
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.
Tagesordnung: Postulantenberufungen; Handelsprovisorium mit England; Resolutionen vom Stat, deren Beratung vor den Osterferien aufgesetzt worden; Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner am 26. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderungen des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 und des Gesetzes vom 21. Juni 1887, sowie den unter dem 3. April 1894 und 30. Oktober v. J. zu Paris und unter dem 19. März v. J. zu Venedig unterzeichneten internationalen Sanitäts-Konventionen und dem Entwurf von Vorschriften für die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen die Zustimmung ertheilt. Der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Entschädigung der im Wiedererwerbverfahren freigesprochenen Personen, wurde in der vom Reichstag beschlossenen Fassung und der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Beförderung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Elementarschulen in der vom Landesauschuß beschlossenen Fassung angenommen. Genehmigt wurden die Ausschusstränge, betreffend Abänderung des Getreidelager-Regulativs und der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuer-Gesetz, sowie der Vorschriften über die Denaturierung von Salz. Eine Mittheilung über die Beschlüsse des Landesauschusses von Elsaß-Lothringen zu der Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Elsaß-Lothringischen Landesverwaltung für 1896/97 wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Außerdem wurde über das Refusgesuch eines Beamten gegen seine Zwangsverweisung in den Ruhestand und über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

Der Entwurf eines Gesetzes, enthaltend Abänderungen des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, bezweckt Abhilfe der Beschwerden, die seit längerer Zeit aus den Bevölkerungskreisen laut geworden sind, welchen vorzugsweise die Last der Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden obliegt. Er enthält im wesentlichen eine Erhöhung der Vergütung für die Verpflegung auch nicht marschirender Truppen, die sofortige Baarzahlung der durch die Gemeinden verabreichten Fourage, sowie eine reichlichere Entschädigung der Vorspannleistungen. Die Vorlage ist hervorgerufen durch Beschwerden von Landwirthen, die monatlich auf die Bezahlung der von ihnen gelieferten Fourage haben warten müssen.

lokales.

Bruder Heinrich in der königlichen Charitee. Als die in den Krankenkassen organisirte Arbeiterschaft Berlins sich mit Nachdruck gegen die mannigfachen Mißstände in der Charitee auflehnte, da wurde ihr dies von staatsbehaltender Seite übel angedreht, obgleich später selbst im Abgeordnetenhaus von den berufensten Autoritäten zugegeben werden mußte, daß in diesem königlichen Institut manches schlimm bestellt sei. Wenige haben aber wohl Vorkommnisse für möglich gehalten, wie sie gestern in öffentlicher Gerichtsverhandlung als Tageslicht gefördert wurden.

Man höre: Wegen einer in der Charitee einem Kranken zugefügten wiederholten Mißhandlung hatte sich der Ober-Krankenwärter Wilhelm Senz vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Er war Stationswärter auf der Station 3. M. 9 und wird beschuldigt, in der Nacht zum 4. März und am Morgen des 4. März einen dort stationirten Kranken Namens Fisch, der am Delirium, an der Juckreizkrankheit und an Kopfprole litt und wenige Tage nach dem 4. März gestorben ist, mißhandelt zu haben. Er bestritt dies und behauptete, daß er den Patienten, der sein Bett verlassen habe und in unzulässiger Weise mit bloßen Beinen im Saale umhergegangen sei, in ordnungsmäßiger Weise in sein Bett zurückgebracht habe. Der zuständige Oberarzt Dr. Jacobi hat den Kranken am 4. März untersucht und zwar blaue Flecke am Körper und eine blutkränige Stelle im Gesicht vorgefunden, giebt aber die Möglichkeit zu, daß die letzteren auf Selbstverletzungen beim Toben im Bett, die letztere auf seine Krankheit zurückzuführen seien. Die Bekundungen mehrerer Zeugen, die mit Fisch auf derselben Station lagen, seien zu ungenügend des Angeklagten aus. So bekundete der Kellner Heinrich: Gegen 12 Uhr nachts sei der unruhige Patient, wie dies öfter geschah, aus seinem Bett aufgestanden, habe sich aber bald wieder besänftigen lassen. Er sei dann wieder aufgestanden und nun sei der Angeklagte, der plötzlich im Zimmer erschienen sei, auf den Kranken losgegriffen und habe ihn unter Anwendung von Schimpfwörtern, wie „Du Strolch, Vagabund, Sausbruder, Delirienbruder, Du willst uns hier unnöthige Arbeit machen?“ wiederholt über den Schädel und ins Gesicht geschlagen, so daß er blutete. Am nächsten Morgen kurz nach 6 Uhr sei Fisch wieder aufgestanden, habe seine Beinen zusammengepackt und das Zimmer verlassen wollen. Da habe ihn der Angeklagte zurückgeschlagen, ihm mindestens 30 bis 40 Schläge in den Rücken, auf die Brust, ins Gesicht und auf den Kopf versetzt und ihn gewaltsam auf das Bett zurückgeworfen. Dasselbe bekundete der Zeuge Jacob: Derselbe schilderte den Kranken als einen leicht zu besänftigenden Menschen, der in jener Nacht allerdings wiederholt aufgestanden und von ihm selbst ohne große Anstrengung wieder beruhigt worden war, da sich ein Wärter nicht sehen ließ. Besterer habe geschlossen, der Angeklagte habe den Kranken in der Nacht mißhandelt und am Morgen direkt wieder ins Bett hineingeprügelt. Schimpfwörter wie „ich haue Ihnen in die Fr...“ seien bei dem Angeklagten gang und gäbe gewesen. Auch der Zeuge Dido hat die Mißhandlungen gesehen und die Schläge, die der Angeklagte dem Kranken ins Gesicht gab, laut mollen hören. Der Wärter Kiele, der den Angeklagten nicht inabermäßig belastete, mußte gleichfalls zugeben, daß der Kranke mißhandelt worden sei. Wahrscheinlich um die Augenzeugen einzuschüchtern, hat der Angeklagte bei seinem Weggange noch in den Saal hineingerufen: „Wenn jemand Interesse daran hat, mich zu meiden, so mag er es getrost thun!“ Die Meldung ist später durch einen der Zeugen erfolgt; er hat damit gewartet, bis er das Krankenhaus verlassen hatte, denn da Arzneien, Nahrungsmittel u. d. durch die Hand des Angeklagten gingen, hatte er Furcht, daß ihm etwas passiren könnte, wenn er die Anzeige noch während seiner Anwesenheit in der Charitee machte.

Die Charitee-Direktion hat den Angeklagten infolge jener Vorkommnisse sofort entlassen und selbst die Strafanzeige erstattet. Oberarzt Dr. Jacobi gab dem Angeklagten das Zeugniß eines pflichttreenen, fleißigen Beamten, der aber mehrfach habe verwahrt werden müssen, weil Beschwerden über sein nicht genügend ergatztes Wesen und über grobe Redensarten, die er gebraucht habe, eingegangen waren. Die Beweisaufnahme ergab noch, daß der Angeklagte den schwer kranken Fisch vielfach gequält und ihn, der kaum auf den Beinen sich zu halten vermochte, gezwungen habe, Bettdecken zu überziehen u. s. w.

Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die ungläubliche Rohheit und die niedrige Gefinnung, die der Angeklagte bekundete, ein Jahr Gefängniß. Der Gerichtshof hielt es für erwiesen, daß der Angeklagte, der übrigens keine Beamteigenschaft besaß, durch die empörende Mißhandlung eines Schwerekranken seine Pflicht als Krankenwärter in ganz grober Weise verletzt und das in ihn gesetzte Vertrauen brutal getrübt habe. Der Gerichtshof hielt für jeden Fall eine einjährige Gefängnißstrafe für eine angemessene Sühne und führte diese Einzelstrafe aus eine Gesamtsstrafe von 1 1/2 Jahren Gefängniß zurück.

Wir fragen nunmehr: Ist dies wirklich der einzige Fall von Forderung eines Kranken, der dem Oberwärter Senz zur Last zu legen ist? Wie ist es erklärlich, daß diese Quälerei verheimlicht blieb, bis zu dem Tage, wo der Zeuge, der die Anzeige erstattete, aus dem Gefahrenbereich des rohen Wärters befreit war? Und wie ist es möglich, daß ein Mann, der in dem aufgedeckten Falle gehaßt hat wie ein Schinderhufsch, es bis zum Oberwärter bringen und vom Oberarzte noch vor Gericht das Zeugniß eines pflichttreenen, fleißigen Beamten erhalten konnte?

Es liegt uns fern zu behaupten, daß der mitgetheilte Anfall für die Zustände in der Charitee typisch sei, aber eines ist von neuem dargethan, nämlich, daß die Arbeiterschaft auf dieses königliche Institut mehr wie je ein scharfes Auge zu richten hat.

In der letzten Sitzung der städtischen Hochbau-Deputation legte der Stadt-Bau-Inspektor Zellei seinen Gesamtplan für den umfangreichen Ausbau des Krankenhauses von Moabit vor. Es ist vorgesehen ein Verwaltungsgebäude mit Wohnungen für den Verwaltungsdirektor und 18 Kerkze, ein Haus für Pfleger, ein Haus für Pflegerinnen, ein Kochhausgebäude mit Wohnungen für das gesammte Küchenpersonal, ein Waschlächengebäude mit Wohnungen für das gesammte Waschkörperpersonal, eine Bade-Anstalt und ein Förtnerhaus in der Birkenstraße. Die Deputation genehmigte diesen Plan ohne Abänderung und wird denselben sowie die festgesetzten Gesamtbaukosten in Höhe von 1 520 000 M. den städtischen Behörden zur Annahme empfehlen.

Eine Dame als Schulpflichterin. Zur Leiterin der ehemaligen Fesche'schen Realschule wählte die städtische Schul-Deputation heute Fräulein Kaul fast einstimmig. Die Dame leitete diese Schule seit dem Tode des früheren Inhabers, Herrn Fesche, schon längere Zeit provisorisch.

Ein „Antliches Reisebureau Berlin, Potsdamer Bahnhof“ wird, wie die Igl. Eisenbahn-Direktion zu Berlin bekannt macht, am 15. Mai d. J. auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhof eröffnet werden. Dort sollen sämtliche Schnellzugfahrkarten, die gangbaren Personenzugfahrkarten erster, zweiter und dritter Klasse, sämtliche Rückfahrkarten, Sommer-Sonderzug- und Anschluss-Rückfahrkarten, feste Rundreise- und Platzkarten ohne Erhebung eines Zuschlags als Verkaufsgebühr schon acht Tage vor Antritt der Reise ausgegeben werden; ausgenommen sind nur Platzkarten, die erst einen Tag vor Antritt der Reise verkauft werden können. Das Reisebureau verabsolgt ferner zusammenstellbare Fahrtscheinhefte und Beilagen für sämtliche von Berlin abgehenden Schlafwagenkurse der preussischen Staatsbahnen und nimmt Bestellungen auf Beilagen für alle übrigen Staatsbahn-Schlafwagenkurse entgegen. Zugleich wird jede Auskunft über Fragen des Reiseverkehrs erteilt. Außerdem liegen die Kursbücher der preussischen Staatsbahnen, Fahrtschein-Verzeichnisse, Formulare u. zum Kaufe aus. Das Reisebureau wird von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends (Sonntag von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags) geöffnet sein.

Ueber die Zulässigkeit des Verkaufs von Arzneimitteln und Gegenständen der Krankenpflege an Sonn- und Festtagen hat der Polizeipräsident von Berlin auf eine Anfrage erwidert, daß die nach der Polizeiverordnung vom 16. März d. J. erfolgte Freigabe des jederzeitigen Verkaufes nur denjenigen Apothekern gestattet sei, welche sich im Besitze einer Apotheke befinden, nicht aber Besitzern von Droguengeschäften, welche approbirte Apotheker sind. Die gegenwärtige Meinung, welche dadurch hervorgerufen war, daß die Verordnung den jederzeitigen Verkauf an „Apotheker“ freigebe, wird in dem Bescheid als im Widerspruch mit der kaiserlichen Verordnung vom 27. Januar 1890 hingestellt, welche im Rahmen einer Polizeiverordnung nicht abgeändert werden könne.

Zu der Günther'schen Mordsache wird mitgetheilt, daß der Verdacht gegen den Viehtreiber Emil Vink sich als unbegründet erwiesen hat. Vink sowohl wie eine große Anzahl anderer Personen, die als verdächtig stiftet waren, mußten außer Verfolgung gesetzt werden.

Das Polizeipräsidentin theilt mit: Im Einverständnis mit dem Magistrat wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Bekanntmachung vom 21. Dezember v. J., nach welcher vom 1. Mai d. J. ab nur gewisse, öffentlich bekannt gegebene A u f s t h r : S y s t e m e zugelassen werden sollen, erst am 1. September dieses Jahres in Kraft tritt.

Einen Selbstmordversuch machte gestern Abend im Zuschauerraum des Spezialitäten-Theaters des Tunnels im Niesen-Olympia-Theater der 23jährige Schlosser Giesche. Der junge Mann saß mit einem Freunde an einem Tisch vor der Bühne, auf welcher gegen 11 Uhr ein Komiker seine Schlussnummer ausführte. Plötzlich zog G. einen Revolver aus der Tasche und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Die Veranlassung zu der That ist in Liebesgram und Eifersucht zu suchen.

Die beiden letzten alten Vancenhäuser im Innern Berlins werden niedrigergerissen, um einem Neubau Platz zu machen. Es sind dies die beiden Grundstücke Gollnowstr. 12 und 13, die noch weit in die Straßenflucht hineinragten und die ohnehin nur schmale Gollnowstraße sehr beengten. Beide Gebäude, die Berliner Arbeitergehörden gehörten, stammen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts.

Die Verkestraße von der Straße Alt-Moabit bis zur Gerhardtstraße wird behufs Umplasterung vom 27. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Vermißt wird seit einigen Tagen die 19 Jahre alte Martha Stawitzki aus der Friedrichstraße 154. Das Mädchen ist dunkelblond und kräftig und trägt eine graue Blouse, einen schwarzen Rock und einen schwarzen Hut mit weißem Band.

Wandende Radfahrer. Als gestern Nacht gegen 12 Uhr der 26 Jahre alte Monteur Wilhelm Seydel aus der Waldenstr. 40 auf seinem Zweirad um die Ecke der Wilhelm- und Hofstraße fuhr, begegnete ihm mehrere andere Radfahrer in einem Tempo, daß sich eher für die Rennbahn als für die Straße eignet. Einer dieser Diabler rannte Seydel so heftig an, daß er mit dem Kopfe auf das Asphaltplaster fiel und einen Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte wurde von einem Schuhmann des 87. No. in ein Krankenhaus gebracht.

Beim Zuziehen der Gardinen in der Gastwirth Robert Seelow aus der Vesseltstraße 13 verunglückt. Er glitt von einem Stuhl aus und fiel mit dem rechten Arm in die Flasche, die im Schankensender standen. Die Scherben einer Flasche, die dabei zerbrach, zerschnitten ihm das Fleisch am ganzen Unterarm vom Ellbogen bis zur Hand.

Verloren gegangen ist die Sammelliste Nr. 00 006 für die Reichstagswahlen. Es wird gebeten, sie bei Bretschneider, Neuenhagen, Wilhelmstr. 69, Hof 3 Tr., abzugeben.

Vier Leichenfunde werden gemeldet. Am Stätteplatz Alt-Moabit 61 landete man das 19 Jahre alte Dienstmädchen Emma Müller, das bei einem Kaufmann in der Rüstauferstraße in Stellung war und, wie seinerzeit berichtet wurde, in einem Kofalle von Nervosität in der Nacht zum 9. März von der Moabiterbrücke in die Spree sprang. — Ebenfalls aus der Spree gefahret wurde auf dem Hinterlande des Grundstücks Breitestr. 28 die Leiche eines unbekanntes Mannes, der wohl schon drei bis vier Wochen im Wasser gelegen hat. Dieser Unbekannte ist schlant, hat einen Anflug von Schnurrbart und trug ein hellblaues Jacket, eine dunkelblaue Weste, eine schwarze Hose, ein Normalhemd und braune Hülfschuhe. Am Reichstagsufer wurde ferner die schon fast verweste Leiche einer Frau angeschwemmt, die etwa 20 Jahre alt sein mag, schlant gewachsen und dunkelblond ist und ein rothbraunes Kleid, eine schwarze Taille, zwei goldene Ringe und eine Sportbroche in Flagenform trug. Einen unbekanntes Mann fand man heute Morgen im Landwehrkanal und landete ihn am Thiergarten bei der Lichtensteinbrücke.

Aus den Nachbarorten.

Schmargendorf. Die Genossen werden auf die am Sonnabend Abend 8 Uhr im Restaurant „Sonsouci“ stattfindende öffentliche Versammlung hiermit noch einmal aufmerksam gemacht. Genosse F r i y Z u b e i l wird über die Thätigkeit des Reichstagsreferenten. Nicht eines jeden Genossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Aus Friedrichshagen wird berichtet: Die Gemeindevertreter Genossen Barth und Sonnenburg halten bei dem hiesigen Gemeindevorstand beantragt, auf die Tagesordnung der

nächsten Gemeindevorstand zu sehen: Beschaffung unentgeltlicher Badegelegenheit für Schulkinder." Der Gemeindevorstand lehnte den Antrag ab. In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung stellten die Genossen Barth und Sonnenburg den Dringlichkeitsantrag, die Vertretung möge beschließen, der Geschäftsordnung den Passus zuzufügen: "Der Gemeindevorstand ist verpflichtet, die von Gemeindevorstellern gestellten Anträge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen." Bei der Begründung des Antrages betonten unsere Genossen, daß weder die Geschäftsordnung, das Ortsstatut, noch die Landgemeinde-Ordnung dem Gemeindevorstand das Recht einräumte, von Gemeindevorstellern gestellte Anträge abzulehnen. Trotzdem wurde der Antrag gegen 6 Stimmen abgelehnt. Dadurch waren unsere Genossen leider verhindert, die Nothwendigkeit unentgeltlicher Badegelegenheit für Schulkinder nachzuweisen. Sind doch bei den schlechten Erwerbsverhältnissen viele Eltern nicht in der Lage, ihren Kindern die zur Entwicklung des Körpers so notwendige Leibpflege angedeihen zu lassen. Hier helfend eingzugreifen, ist die selbstverständliche Pflicht einer jeden Gemeinde. Doch der Antrag kommt wieder, denn Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Aus Rixdorf. Ein bedauerlicher Unglücksfall trug sich am Dienstag Nachmittag auf dem Kohlenplatz Zietenstraße 62 zu. Derselbst schossen mehrere Knaben mit einem Leßchin nach einer Scheibe, wobei der 11jährige Sohn des Schlächters Lehnhardt von einer Kugel in den Kopf getroffen und so schwer verletzt wurde, daß er nach dem Briher Kreis-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Ein interessanter Fund wurde in der Köhner'schen Sandgrube bei Brigg gemacht. Arbeiter fanden daselbst den Halswirbel eines riesigen Mammuths. Der Fund soll dem Märkischen Museum überwiesen werden.

In Brigg wird die Maifeier am Sonntag in der üblichen Weise bei Beilke, Chaussee 39, abgehalten. Näheres am Freitag im Annoncenblatt. Mögen die Parteigenossen und Genossinnen zahlreich am Plage sein. Der Vertrauensmann.

Zur Werder'schen Baumblüthe werden nunmehr, wo die Blüthe sich nach und nach entwickelt hat, vom Donnerstag ab täglich nachmittags 2 Uhr 25 Min. und 3 Uhr 15 Min. die sog. Blüthenzüge vom Potsdamer Bahnhof in Berlin abgehen. Die Rückfahrt dieser Züge von Werder geschieht um 6 Uhr 44 Min. und 7 Uhr 57 Min. abends. Sonntags werden nach Bedarf Sonderzüge zwischen Berlin und Werder kursieren und wird an diesen Tagen, wenn möglich, alle 20 Minuten von 6 Uhr abends ab ein Zug von Werder nach Berlin abgelassen. Auch die Dampfschiffahrtsgesellschaft "Stern" läßt vom Donnerstag ab von Potsdam aus täglich vier Dampfer, um 12, 2,45, 8,45 und 5,45 Uhr nach Werder gehen. Die Rückfahrtszeiten sind 1,30, 4,15, 5,30 und 7,30 Uhr von der neuen Dampferstation am Fuße der Obfgrube aus, fünf Minuten später von der Station "Schwarzer Adler". Sonntags wird die Sternschiffahrt von 10 Uhr ab stündlich Dampfer nach Werder entsenden. Von der Landungsstelle der Dampfer hat man nur einen kurzen Weg bis zum Wachtelberg, dem Hauptpunkt der Blüthenpracht. Die sog. Blüthenzüge werden bis zum 11. Mai befördert werden. Für den kommenden Sonntag hat

die Polizei in Werder den Geschäftsinhabern verlängerte Geschäftszeit gestattet. Unsere Parteigenossen machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß einzig das Lokal von Adolf Martin, Ringelweg 68 für die Arbeiterschaft frei ist.

Von einem Eisenbahnzuge überfahren und getödtet wurde am Neuenfelder Viadukt bei Potsdam der Kanonier Stechenwaldner von der 8. Batterie des 2. Garde-Feldartillerie-Regiments. St. hatte von 2 Uhr nachmittags an zu einem Besuche nach Berlin Urlaub erhalten, den er jedoch anscheinend nicht sofort angetreten hat; denn er wurde noch gegen Abend in einem Potsdamer Restaurant gesehen. Es wird angenommen, daß St. den abends um 11 Uhr 18 Minuten in der Richtung nach Berlin abgehenden Stadtbahnzug benutzt hat und in selbstmörderischer Absicht abgesprungen ist. Der Unglückliche, dem die Brust zerquetscht und die Hirnschale vom Kopfe völlig abgetrennt wurde, hielt bei seiner Auffindung noch frampfhaft seine Fahrkarte in der Hand. Die Untersuchung ist eingeleitet. Stechenwaldner soll an einem unheilbaren Lungenleiden (?) gelitten haben.

Aus dem Spandauer Schiffahrtskanal ist bei Plöhsensee die Leiche des Schlossers Emil Seibert gelandet worden, der bis vor wenigen Tagen in der Maschinenfabrik von Hummel am Südufer arbeitete. Was den Mann zum Selbstmord veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

Gerichts-Zeitung.

Ein „Scheinmittel, um gefohlene Gut wieder herbeizuschaffen“, offenbarte gestern die 33jährige Dienstmagd Emilie Stube vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zu allgemeiner Heiterkeit der Zuhörer. Die Stube war beschuldigt, ihrer Wittmagd einen Geldbetrag von 15 Mark entwendet zu haben. Sie bestritt ihre Schuld und meinte, daß die Bestohlene das Geld wieder an dem Aufbewahrungs-orte vorgefunden haben würde, wenn sie das Mittel angewendet haben würde, welches ihr von der Angeklagten gerathen worden sei. Man müsse zwei Petersilienwurzeln nebst sechs Kartoffeln auf einen Faden ziehen und diesen dann über helles Feuer hin- und herziehen. Wenn die Wurzel dann knacke, so sei das Geld wieder da. Die Bestohlene hatte kein Vertrauen zu diesem Mittel, sie will vielmehr geglaubt haben, daß die Angeklagte sie nur auf kurze Zeit nach der Küche locken wollte, um während dessen das Geld wieder an Ort und Stelle legen zu können. Der Gerichtshof hielt die gegen die Angeklagte vorliegenden Verdachtsmomente nicht für ausreichend, sondern fällt ein freisprechendes Erkenntniß.

Eine Anklage wegen Beleidigung durch die Presse, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Redakteur des „Ull“, Siegmund Mehring, verhandelt werden sollte, wurde durch den vermittelnden Vorschlag des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Köstler, auf gültigem Wege aus der Welt geschickt. Der Pastor Berlin hatte gegen den Angeklagten Strafantrag gestellt, weil in der Nummer 45

des „Ull“ vom 14. Januar dieses Jahres ein Artikel enthalten war, der sich in satirischer Weise mit ihm beschäftigte. Es handelte sich um die Gebührensfrage in betreff eines bei einer Trauung gewünschten Sängerkorps. Pastor Berlin sollte diese Frage in einer von dem Gebrauch abweichenden Form erledigt haben. Vor Eintritt in die Verhandlung wies der Vorsitzende den Angeklagten darauf hin, daß, selbst wenn der Artikel unter dem Eindruck eines gewissen Unwillens geschrieben sei, eine Bestrafung des Verfassers immerhin werde erfolgen müssen. Ob der Angeklagte nicht vorziehe, die in dem Artikel enthaltene Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen? Es sei dann anzunehmen, daß der Prediger Berlin den Strafantrag zurückziehen würde. Die Parteien waren hierzu bereit und die Angelegenheit war hiermit erledigt.

- Berein deutscher Schuhmacher.** 5. Klasse V (Schäftebranche). Sonnabend, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: Versammlung.
- Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher-Schleifer.** Heute Abend 10 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: Versammlung.
- Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler.** Die Mitglieder der Verwaltung Berlin's ver sammeln sich heute Abend bei Schöning, Köpenickerstr. 68.
- Berliner Naturheilverein II.** Heute Abend 8 1/2 Uhr im kleinen Saale des Vereins junger Kaufleute, Deutschstr. 20: Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.
Wette 13. Die höchsten Thürme im Deutschen Reich sind die des Kölner Doms (108 Meter), der Thurm der Scheidebürger Jesuitenkirche ist bloß 103 Meter hoch.

Briefkasten der Expedition.

Nähr. Rostockerstraße. Bitte uns mitzutheilen, wofür die uns zugesandten 3,20 M. verwendet werden sollen.

Witterungsübersicht vom 27. April 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (hoh am)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (° C.)	Stationen	Barometer (hoh am)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (° C.)
Swinemünde	760	NO	3	Regen	6	Saparanda	770	Still	—	wolfig	3
Hamburg	759	NO	2	bedeckt	7	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	758	NO	2	bedeckt	9	Kort	758	NO	2	wolfig	7
Wiesbaden	757	NO	1	Regen	10	Wien	760	NO	2	wolfig	7
München	755	NO	2	bedeckt	9	Paris	753	SE	1	heiter	2,1
Wien	755	Still	—	bedeckt	10						

Wetter-Prognose für Donnerstag, 28. April 1898.
 Etwas wärmer, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit Regenfällen und mäßigen nordöstlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Rixdorf.
 Sonntag, den 1. Mai 1898:
Arbeiter-Mai-Feier
 in der „Vereins-Bränerci“, Hermannstr. 214/219.
Grosses Doppel-Konzert
 ausgeführt von den Musikvereinen „Vorwärts“ u. „Einigkeit“, unter Leitung ihrer Dirigenten Loppo und Holze.
Festgesang
 der Arbeiter-Gesangsvereine „Arión“, „Einheit“, „Grüne Eiche“, „Harmonie“, „Melodia“, „Treu und Einigkeit“, „Roths Vögel“, „Schneeglöckchen“, (M. d. A. S. B.)
 Ferner: Aufführungen der
 freien Turner und des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Jalle“.
 In zwei Sälen: **Ball.**
Kinder-Spiele
 arrangirt von den Turnern. Jedes Kind erhält eine Stodlotterie und ein Preisblatt zum Kartenspiel.
 Die Kaffeeische ist von 2 Uhr an geöffnet.
 Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr.
 Eintritt 20 Pf. Das Festkomitee.

Gross-Lichterfelde.
 Sonntag, den 1. Mai, bei Pagel, Chausseestraße 104:
Mai-Feier.
 Mittags 2 Uhr:
Volks-Versammlung.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse **Kunert.**
 Von 4 Uhr ab: Instrumentalkonzert, Gesangsvorträge mehrerer Gesangsvereine.
 Entree 20 Pf. Tanz 50 Pf.

Achtung! Tapezieren. Achtung!
 Sonntag, den 1. Mai 1898:
Allgemeiner Ausflug.
 Treffpunkt: Sonntags 10 Uhr Bahnhofsstation Grunewald. Für Radfahrer Treffpunkt: Bickelwedder.
 Nege Beteiligung erwünscht.
 177/10 Die Ordnerverwaltung.

Achtung! Maurer. Achtung!
 Donnerstag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:
Große öffentliche Versammlung der Maurer
 Berlin's und Umgegend.
 Tagesordnung: 1. Situationsbericht und Beschlußfassung über Erhöhung der Beiträge zum Streifensfonds. 2. Die Bauplätze in unserem Bezirk, und deren Ursachen und Wirkungen. 3. Verschiedenes.
 In ansehnlicher und sehr wichtiger Tagesordnung ist es unter allen Umständen notwendig, daß diese Versammlung von der gesammten Kollegenschaft besucht wird.
 132/8 Mit kollegialem Gruß Die Lokalkommission.

Achtung! Holzarbeiter. Achtung!
 Sonntag, den 1. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr:
Grosse öffentl. Versammlung
 in der „Bränerci Friedrichshain“ (am Friedrichshain).
 Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt.
 Die Modell- und Fabrik-Tischler treffen sich am 1. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr, Gartenstr. 152, die Sattlermacher bei Wunzig, Breslauerstr. 28, die Bürsten- und Pinselmacher bei Späth, Weinstr. 29, um gemeinschaftlich nach dem Versammlungsort zu gehen.
 79/30 Der Vertrauensmann: O. Klüger.

Freie Volkshöhne.
 Freitag, den 6. Mai 1898, abends 8 1/2 Uhr, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112:
General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht. 2. Festsetzung des Kassierergelohes für das nächste Spieljahr. 3. Event. Neuwahl des Ausschusses, Vorstandes, der Revisoren und Obleute der Ordner. 4. Verschiedenes.
 Der Eintritt in den Saal ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Lessing-Theater“: Vorstellung der I. Abtheilung:
Die Wildente
 von Henrik Ibsen.
 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.
 229/9 Halbbrenner, Lourenzrad, Spottbillig, Pferdebahnkarte verlor. Weg. Bickeln, Charlottenburg, Rixdorf, 9, Roeder, abzug. d. Theat. Reinickendorferstr. 2F.

Allgem. Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Den Mitgliedern zur gef. Kenntnissnahme, daß der Vorstand in der Sitzung am 14. März d. J. beschloffen hat, beide Kassenlokale, in der Adalbertstraße 94 und Brenzlauerstraße 46, vom 1. Mai 1898 ab an Sonn- und Festtagen nicht mehr zu öffnen.
 Berlin, den 15. März 1898.
Der Vorstand.
 266/16 P. Löbe, Vorsitzender.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Sattler und Berufsangehörigen Deutschlands
 (Satzung, S. 64.)
 Am Sonnabend, den 30. April, abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstr. 21: Wiedereröffnung der **Mitgliederversammlung.**
 Tagesordnung:
 Fortsetzung über die Verfassung des Entwurfs eines revidierten Statuts und Stellung von Anträgen zur Generalversammlung, sowie Wahl der Abgeordneten.
 Mitgliedsbuch legitimirt. Zahlreichen Besuch erwartet.
 323/3b Die Ordnerverwaltung.

Eberswalde, Victorstr. 34, Restauration Fremdenlogis von August Schulz.
 Vereine können angenehmen Aufenthalt finden.
 49162*

Restaurations- und Vereinszimmer.
 Sonnabend u. Sonntag musikalische Unterhaltung, empfiehlt sich und bietet um geringen Preis.
 3246b Sadecki, Invalidenstr. 130.
Möbel Theilzahlung.
 auf Haus J. Kellermann, Jacobstr. 26.

Waarenhaus P. Rothenberg
 Moabit, Thurmstrasse 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse

Souterrain.
 Riesen-Auswahl in Haushalts-Artikeln. Glas, Porzellan, Steingut. Blech- und Emaillewaaren. Holz- und Bürstenwaaren. Stahlwaaren. Korbwaaren. Lampen, Lichte, Hausselken. Broncewaaren. Reizende Nippes.

Parterre.
 Damen- und Herren-Schneiderei-Artikel nur bester Qualitäten in grösster Auswahl. Seidene Bänder, Spitzen, Rüschen. Corsetts nur besten Sitzes. Herren-, Damen- und Kinderwäsche. Tricotagen, Strümpfe, Cravatten. Damen-Gürtel, Sport-Gürtel.

Erste Etage.
 Neuheiten in Kleiderstoffen. Sammet und Seidenwaaren. Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe. Aussieuer-Wäsche. Bettfedern. Blousen und Blousenhemden. Jupons, Schürzen, Kleidchen. Garten- und Balcon-Tischdecken.

Damen-Handschuhe, Zwirn, 3 Kn. Ig., Paar 10 Pf. bis zu den feinsten Qualitäten.

Ausstellung sämtlicher Abtheilungen in meinen 20 Schaufenstern zu auffallend billigen, festen Preisen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Abgeordnetenversammlung.

67. Sitzung vom 27. April 1898.

Am Ministerische: Frhr. v. Hammerstein, später Fürst Hohenzollern.

Zur Beratung steht der Bericht der Agrarkommission über den Antrag Herold, betr. die Übernahme der Kosten der tierärztlichen Untersuchungen auf die Staatskasse.

Die Kommission beantragt: Die Regierung zu ersuchen, das Ausführungsgezet zum Reichsgesetz über die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen nach Möglichkeit dahin in Anwendung zu bringen, daß die im öffentlichen Interesse erwachsenden Kosten von der Staatskasse getragen werden.

Der Kommissionsantrag wird angenommen. Es folgt die Beratung des Antrages v. Mendel, Steinfels (L) und Ring (L), betreffend Maßnahmen gegen Viehseuchen sowie Einführung der obligatorischen Fleischschau.

Der Antrag geht dahin: I. die Regierung zu ersuchen: a) um Revision der die Einfuhr von Vieh aus seuchenverdächtigen Ländern betreffenden Bestimmungen, b) um Vereinheitlichung der in Deutschland geltenden Vorschriften gegen Seuchenverschleppung, c) der pathologischen Seuchenbekämpfung durch ausreichende Staatsmittel die Wege zu ebnen. II. In Rücksicht auf die obligatorische Fleischschau zu beschließen: die Regierung zu ersuchen: 1. sofort ein Gesetz, betreffend die obligatorische Fleischschau, vorzulegen, 2. auf die Errichtung lokaler Schlachthof-Versicherungen mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln hinzuwirken, 3. im Interesse der Schlächter eine zweckmäßige Verwertung der Konfiskate herbeizuführen, 4. beim Bundesrathe zu bewirken, daß gleichzeitig mit diesen Maßnahmen in Preußen gleiche Kontrollen an den deutschen Grenzen eingeführt werden.

Abg. v. Mendel (L) begründet seinen Antrag. Derselbe bezweckt nicht, Deutschland abzusperren gegen jede Einfuhr, wohl aber die Schädigung der Landwirtschaft durch Seucheneinfuhr zu verhindern. Eine Erweiterung des Reichs-Seuchengesetzes sei nicht nötig; es handle sich nur darum, die Handhabung desselben so zu gestalten, daß die drohenden Gefahren abgewendet werden. Gänzliche Sperrung der Grenze empfehle er nicht, obwohl dieselbe nach dem Gesetze zulässig sei; die Interessen der Schlächter und die Versorgung der Bevölkerung erfordern Rücksicht. Aber für Schweine und Geflügel bestehe kein Einfuhrbedürfnis. In Bayern seien die Quarantäne-Anstalten unzulänglich; die Beobachtungszeiten viel zu kurz, ebenso die Beobachtungszeit in Hamburg gegen rothverdächtige Pferde. Die aus Rußland eingeführten Gänse, die im Umherziehen verhandelt werden, sind eine große Gefahr für uns, gegen welche Maßnahmen getroffen werden müssen. Die Regierung muß hart werden gegen Rußland. Wir sind immer zu rücksichtlos gegen das Ausland gewesen. (Sehr richtig! recht.) Die Vorschriften für die Seuchenbekämpfung im Inlande sind theils unzureichend, theils wird zu bürokratisch verfahren. Die oberste Zentralinstanz müsse bestimmte Anweisungen erteilen und auf deren strenge Innehaltung achten. Die Strafen gegen dolose Seuchenverschleppung müssen verschärft werden. Die Kontrollen der Viehhändler müssen strenger gehandhabt werden. Die Namen gewissenloser Händler müssen öffentlich publiziert werden; vielleicht empfiehlt sich eine besondere Konfiskation des Viehhandels. Nichtig ist eine Besserstellung der Kreis-Thierärzte und namentlich deren Pensionsberechtigung. Besondere Wichtigkeit sei der Seuchenbekämpfung auf pathologischem Wege beizulegen. Freilich werde der Finanzminister dabei etwas tiefer in die Tasche greifen müssen als bisher.

Abg. Ring (L) begründet die unter Nr. 2 des Antrages auf-

gestellten Forderungen bezüglich der obligatorischen Fleischschau, deren gleichmäßige Durchführung im Wege der Polizeiverordnung sich als unmöglich erwiesen habe. Es handle sich dabei nicht um eine Förderung der Landwirtschaft allein, auch der Verein für öffentliche Gesundheitspflege habe diese Forderung gestellt. Die berechtigten Nothschlachten kommen fast nur in Orten vor, wo keine Fleischschau eingeführt ist. Mit Rücksicht auf die misverständliche Auffassung, welche der Antrag II Nr. 1 namentlich im Schlächtergewerbe gefunden, soll der Passus, wonach die obligatorische Fleischschau nur für gewerbsmäßig zum Verkauf gelangendes Fleisch eingeführt werden soll, fallen gelassen und diese Fleischschau generell nach Maßgabe der für Hefen-Raffin bestehenden Bestimmungen gefordert werden. Hedner weist auf die kolossale Einfuhr von dänischem Fleisch über Altona hin, die deutlich erkennen lasse, daß nach dem Verbot der Schlachtung tuberkulöser Rinder die Dänen einen anderen Weg gefunden haben, das Fleisch ihrer tuberkulösen Rinder bei uns unterzubringen. In ähnlicher Weise werden wir von Holland und Amerika mit Fleisch überschwemmt. Die amerikanische Fleischschau ist ungenügend. Ein bester amerikanischer Fleischbeschauer wurde freigesprochen, weil der Richter annahm, daß die Fleischschau dort ungenügend sei, der Fleischbeschauer also kein Unrecht beging, als er Geld nahm. Auch in Hamburg sei die Beschau amerikanischer Fleisches sehr oberflächlich; es werde dort die schnelle Beschichtung von Schinken z. B. sportmäßig betrieben. Auch gegen den Zufuhr von Chemikalien, namentlich Formalin, müsse eingeschritten werden.

Reichskanzler Fürst Hohenzollern verliest eine Erklärung, worin die Verhandlungen über die Einführung der allgemeinen Fleischschau im Bundesrathe eingeleitet sind. Wonnleich in einer Reihe von Bundesstaaten die obligatorische Fleischschau, wenn auch in verschiedenem Umfange bereits besteht, so bin ich doch der Ansicht, daß zum Schutze von Gesundheit und Leben der Bevölkerung diese Einrichtung im ganzen Reiche, und zwar nach übereinstimmenden Grundsätzen eingeführt sein wird. Es besteht deshalb die Absicht, im Bundesrathe den Entwurf eines Reichsgesetzes betr. die Einführung der obligatorischen Fleischschau im ganzen Reiche zur Beschlußfassung vorzulegen. (Beifall.) Selbstverständlich werden gegenüber der ausländischen Einfuhr von Fleisch und Fleischwaaren mindestens gleichwertige hygienische Vorsichtsmaßnahmen zur Anwendung gelangen müssen, wie gegenüber den inländischen Erzeugnissen. (Beifall.) Bei der Vorberathung des Reichsgesetzes wird auch der Punkt der zwangsweisen Errichtung von Schlachthof-Versicherungen mit in Erwägung zu ziehen sein und ebenso die Frage einer zweckmäßigen Verwertung der Konfiskate.

Kulturminister Dr. Voffe anerkennt die Nothwendigkeit einer geordneten allgemeinen Fleischschau; er begrüße als Medizinalminister den Antrag, der ja auch im wesentlichen schon die Zustimmung der Regierung gefunden, mit Freuden. Es werde durch Reichsgesetz, nicht durch Landesgesetz eingeschritten werden müssen.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein verliest die von der Regierung bezüglich des Seuchenschutzes gefasste Entscheidung. Danach ist die Regierung bereit, in eine erneute Prüfung dieser Frage einzutreten und wird namentlich die zur Zeit bestehenden Vorschriften über die Einfuhr prüfen, auch nöthigenfalls die Revision der geltenden Vorschriften beantragen. Die Regierung ist ferner bereit, für die gleichmäßige Durchführung dieser Vorschriften in allen Bundesstaaten hinzuwirken und sie wird vom

nächsten Landtage die Kosten für die Durchführung der pathologischen Seuchenbekämpfung und namentlich auch die nöthigen Beamten fordern. Der Minister bemerkt namentlich, daß gegenüber der Einfuhr amerikanischer Pferde begründeter Verdacht der Roth-Infektion nicht bestehe. Nach eingehender Erörterung einzelner Punkte aus den Ausführungen der Antragsteller bemerkt der Minister, daß Haus möge zu der Regierung das Vertrauen haben, daß sie dem Auslande gegenüber die Interessen der heimischen Landwirtschaft zu wahren sich bemüht.

Regierungskommissar Geh. Rath Küster legt ziffermäßig dar, daß die Vieheinfuhr nur eine verhältnismäßig geringe sei. Rinder kommen fast nur aus Oesterreich. Gegen Schweine-Einfuhr sei die Grenze mit Ausnahme einer Einzugsstelle gesperrt, die Einfuhr auch bedeutend zurückgegangen.

Minister Frhr. v. Hammerstein bemerkt, daß er der Meinung sei, wenn alle geplanten Maßnahmen durchgeführt sind, Deutschland auch im Stande sein wird, seinen Fleischbedarf selbst zu produzieren.

Abg. Gamp (L) kann dieser letzteren Ansicht nur in der Voransetzung zustimmen, daß der Landwirtschaft für ihre Produkte auch auskömmliche Preise gezahlt werden. Es liege in dieser Sache eine schwere Verzögerung der Regierung vor. Für Schlachtungen zu Privatwzcken sei die Fleischschau entbehrlich.

Regierungskommissar Geheimrath Richter bekräftigt das letztere und weist den Vorwurf der Verzögerung zurück, schon 1892 habe die Regierung die ersten Schritte in dieser Angelegenheit gethan.

Abg. Gothein (fr. Bg.) ist mit dem Antrage im wesentlichen einverstanden und wendet sich nur gegen Einzelausführungen der Abg. Mendel, Ring und Gamp und namentlich gegen die vermeintliche Zuverlässigkeit der Tuberkulin-Impfung der Rinder als Mittel der pathologischen Seuchenbekämpfung. Es wäre ungerath, schwach tuberkulöses Fleisch von dänischen Rindern zu vernichten, während es von heimischen Rindern zugelassen wird. Was zur Fernhaltung der Seuchen notwendig ist, billigen wir; nicht aber was bloß zur Preiserhöhung für Fleisch dienen soll; das bekämpfen wir im Interesse der Volksernährung. Nach den von der Regierung abgegebenen Erklärungen bedarf der Antrag mindestens gewisser formeller Klendungen. Das geforderte Landesgesetz können wir in dieser Session nicht mehr machen; auch kann die Kompetenz des Reiches in dieser Frage nicht bestritten werden.

Abg. v. Pappenheim (L): Die heute versprochenen Erwägungen werden nun schon seit zehn Jahren versprochen. Wo die Fleischschau polizeilich eingeführt ist, funktioniert sie ganz gut. Was bedarf es denn da weiterer Erwägungen im Bundesrathe? Der Hinweis stößt uns kein großes Vertrauen ein. Wir haben in Preußen einen ganz tüchtigen Landwirtschaftsminister, der die Sache ganz gut für Preußen machen kann.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammacher: Ein Versuch, durch die Oberpräsidenten die polizeiliche Einführung der Fleischschau in Preußen durchzuführen, ist fehlgeschlagen. Außerdem sind einige Bundesstaaten, z. B. Oldenburg, noch nicht für die Einführung der Fleischschau genügend vorbereitet, so daß eine sofortige Einführung wieder Schranken gegen diese Bundesstaaten nöthig machen würde.

Abg. Herold (B.) erklärt sich namens seiner Freunde mit dem Antrage im allgemeinen einverstanden. Für Privatschlachtungen sei die Fleischschau entbehrlich.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Fortsetzung der soeben abgebrochenen Berathung und zweite Lesung der Privatwzckentw. Vorlage. Schluß 4 1/4 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Donnerstag, den 28. April. Opernhaus. Kobeltz. Phantasien im Bremer Rathskeller. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Anno dazumal. Madame Tuitre. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Guged und sein Ding. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr. Goethe. Die Kinder der Excellenz. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Doppelfelbstmord. Anfang 8 Uhr. Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Freuden der Häuslichkeit. Anfang 7 1/2 Uhr. Heuberg. Der Fall Cortignani! Sober: Finale. Anfang 8 Uhr. Thalia. Der Tagelohner. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Das alte lustige Hamburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Abend. Der Wilderer. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Robert und Bertram. Anfang 8 Uhr. Luise. Arme Wieze! Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshändelches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Eine Gefallene. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstr. 57/62. Täglich (außer Sonntag und Wittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Passage-Panoptikum. 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien. Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr. Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Ein lebender Riesen-Orang-Utan von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch. Salambo, die schöne Schlangenhändigerin. Anfang Mai Schluss der Saison! Olympia-Riesen-Theater (Circus Renz) Karlstr. Bolossy Kiralfy's Constantinopel. Sport-Ringkämpfe. Wirkl. Pferderenn. a. d. Böhne. The jolly british girls. Anfang 8 Uhr. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 1 Kind frei. Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. In Zossen. Bildet-Borderlauf von 12 bis 2 Uhr. Spröcher, Richtig, alle Sorten Wildvögel, Vogelbauer billig. Schnelle, Roppenstr. 60.

Schiller-Theater (Wagner-Theater). Donnerstag: Doppelfelbstmord. Freitag: Brand. Sonnabend: Blaues Blut. Anfang 8 Uhr. Ostend-Theater. Nr. Franzfurterstr. 132. Dir. G. Weh. Der Wilderer. Drama in 5 Akten von Verhaer. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel vor u. nach der Borst. Gr. Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr. Freitag: Berlin, wie es weint und lacht. Fredmann: G. Weh. Sonnabend: Im Irenenhaus. Sonntag: Roman. halbe Preise: Die Räuber. Abends: Satan Gold.

Luise-Theater 34. Reichenbergerstraße 34. Abends 8 Uhr: Arme Wieze! Volle mit Gesang in 7 Bildern nach O. F. Berg, frei bearbeitet von Max Schönaa. Musik von Fritz Krauss. Marie: Anna Müller-Lincke. Vorträge: Dieselbe Vorbereitung. Verbesserungen u. Bildet durch Telephon Amt 4 Nr. 2074 werden ohne Aufgeld an der Abendkasse rekrutirt.

Maehr's Theater Oranien-Strasse 24. Novitäten-Programm. Theater und Spezialitäten. Neu! Little Alex. Neu! Conjurist. Neu! The Consents. Neu! Akrobaten an den Silberreifen. Marietta Berndt der kleine Robott. Anfang der (Wochentags) 8 Uhr. Vorstellung: (Sonntag) 6 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich. W. Noack's Theater Brunnen-Strasse 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Gr. Extra-Theatervorstellung Papa's Liebschaft. Schwant in 4 Akten von Malachon und Göter. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Urania Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlage. Passage-Panopticum. 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien. Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Ein lebender Riesen-Orang-Utan von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch. Salambo, die schöne Schlangenhändigerin.

Anfang Mai Schluss der Saison! Olympia-Riesen-Theater (Circus Renz) Karlstr. Bolossy Kiralfy's Constantinopel. Sport-Ringkämpfe. Wirkl. Pferderenn. a. d. Böhne. The jolly british girls. Anfang 8 Uhr. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 1 Kind frei.

Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. In Zossen. Bildet-Borderlauf von 12 bis 2 Uhr. Spröcher, Richtig, alle Sorten Wildvögel, Vogelbauer billig. Schnelle, Roppenstr. 60.

Ausstellung am Kurfürstendamm am Kurfürstendamm u. a. d. Stadtbahnhofstation „Savignyplatz“. Maharattos Hindus Beluchistanies (Ziguner) Ceylonesen Malabaren Fakiro Ringer Herobaten Jongleure Zauberer Schlangenschwörer Tamilen Bayadere. Arena-Schaustellungen. Indisches Theater. Doppel-Concert. Entrée 50 Pf.

Central-Theater Alle Jakobstr. 30. Nur bis 1. Mai! Donnerstag, den 28. April. Noch fünfmaliges Gastspiel des plattdeutschen Gesamt-Ensembles des Ernst Theater-Theaters aus Hamburg. Größter Heiterkeitserfolg in Berlin. Das alte lustige Hamburg. Große Volkspoppe mit Ges. und Tanz in 5 Bildern von G. Dronko wski. Musik von H. Groth. In Szene gesetzt von H. Biel. In Hamburg über 100 Mal in Szene gegangen. Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag: Auf allgemeines Verlangen 588. Aufführung: Familie Eggors.

Apollo-Theater. Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck. Robert Steidl Eugenie Fougère und 30 hervorragende Spezialitäten. Kaasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 1. Mai 1898: Beginn der Sommer-Saison Anfang der Vorstellung Sonntags 7 1/2 Uhr, Wochentags 8 Uhr. In Vorbereitung: Don Juan in der Hölle.

Ton-Halle, Friedrichstraße 112. Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: Gr. Ball. 47388.

Alcazar-Theater. Dredenerstraße 52/53 (City-Passage), Kamenstr. 42/43. Direction: Richard Winkler. Riesen-Programm. Neue Woche! Neu! Novität! Neu! Es schiekt sich nicht! Volle mit Gesang und Tanz. Familie Barskow, Elite-Akrobaten, Mr. Arion, phänomenaler Kunstspieler. Mih Frieda, die reizende Luise. Auftreten des gesammten Kunstpersonals in seinen Glanznummern. Am 1. Mai Schluss der Saison! Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf.

Ein neuer Beweis für die grosse Selbstheit und unerreichte Tüchtigkeit des Budapester Possen- u. Operettentheaters in Kaufmann's Variété ist der stürmische Beifall u. das stets überfüllte Haus bei dem Anton u. Donat Herrnsfeld'schen Lustspiele. Die vierte Frau, welches sowohl d. Interpreten des eigenart. Budap. Genres Donat Herrnsfeld, dem von seinen 4 Frauen betrogenen Ehemann, als auch dem allbeliebten Urkomischen Bendix als „Vogelzucht. Schusselich“ Gelegenheit giebt, ihren unverwundl. Humor zur Geltung zu bringen. Neben dieser höchst drast. Novit. verbleibt auch d. bereits üb. 70mal belachte Posse Von Dreien der Glückliche mit Anton Herrnsfeld als „Oberwarter Blechkopf“ a. d. Rep. d. sich das exquis. Specialit.-Prog. d. Sais. würd. anreicht. Anf. 8 Uhr. Vorverk v. 10-3.

Budapester Possen- u. Operettentheaters in Kaufmann's Variété ist der stürmische Beifall u. das stets überfüllte Haus bei dem Anton u. Donat Herrnsfeld'schen Lustspiele. Die vierte Frau, welches sowohl d. Interpreten des eigenart. Budap. Genres Donat Herrnsfeld, dem von seinen 4 Frauen betrogenen Ehemann, als auch dem allbeliebten Urkomischen Bendix als „Vogelzucht. Schusselich“ Gelegenheit giebt, ihren unverwundl. Humor zur Geltung zu bringen. Neben dieser höchst drast. Novit. verbleibt auch d. bereits üb. 70mal belachte Posse Von Dreien der Glückliche mit Anton Herrnsfeld als „Oberwarter Blechkopf“ a. d. Rep. d. sich das exquis. Specialit.-Prog. d. Sais. würd. anreicht. Anf. 8 Uhr. Vorverk v. 10-3.

Kleidung für Mäler, Bildhauer, Mechaniker, Stuckateure u. s. w. Kittel mit Steh- und Umlegekragen, vorn und auf der Schulter zum Knöpfen! Aus Klötzelleinen I Qual. II 2,25 Aus braun Nova Qual. II I 2,50 Aus 2,40 Aus 2,75 Drell-Jackets (Naturfarbe) Qual. II 2,25 Qual. I 2,75 Drell-Hosen (Naturfarbe) Qual. II 1,85 Qual. I 1,90 Als Maass genügt Angabe der Brustweite, Leibweite und Schrittlänge. Baer Sohn Chausseestr. 24a Brückenstr. 11 6r. Frankfurterstr. 16. Aufträge v. M. 20, - an franco. Obige Preise gelten für normale Figuren. Umsonst erhält Jedermann das 11. reich illustrierte Preisbuch mit 12 Seiten Inhalt.

